

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 M. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 08.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 08.

Unterlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Janschek, Bochum.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauerstr. 42.

Anzeigen kosten die sechsgeschwisterte Preis-
geite resp. deren Raum 1.—M.
Bei einmaliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 80 und bei
20maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem
bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

Zur Generalversammlung.

Versammelt seit ihr jetzt in Spree-Athen
Das Beste des Verbandes zu beraten,
Der neu gekräftigt nach der Stürme Weh'n,
Gestellt ist wieder auch vor neue Taten. —
Der Hassstand hat ja vieles uns gelehrt,
Und manchen Trugschluss mit hinweg genommen —
Ihr sollt nun scheiden, was der Kraft noch wehrt,
Und einverleiben, was zu Nutz und Frommen. —
So wie die Not zusammen uns geschweist
Im Kampfe, den wir eben erst bestanden,
So darf in Zukunft auch der Zwieträcht Geist
Uns schlagen nicht mehr in des Haders Banden.
Das ist die Unterlage uns'ren Kräfte,
Und ohne ihr kann nicht das Werk gediehen,
Fehlt sie, so ist das Werk in uns erschlafft
Und schlimmen Rückgang muss man prophezeien. —

Mehr Geld! ist dann die and're Forderung.
Wir mussten ja den Mangel blitter spüren —
Der Mut ist schön und die Begeisterung,
Doch Geld ist nötig, wenn man Krieg will führen. —
Das lehrt der Streik — Ihr, Delegaten, sollt
Die Wege ebnen und die Bahn uns klären,
Damit im nächsten Kampf das Herrengold
Uns nicht den Sieg, den vollen kann verwehren. —

Bedächtig prüft — vom Bösen ist die Hast —
Doch sollt ihr auch nicht gar zu ängstlich zagen,
Und wenn ihr dann das Rechte habt erfasst,
Sind wir bereit den Kurs danach zu wagen, —
So, Arbeitsbrüder, sollt in Spree-Athen
Das Beste des Verbandes Ihr beraten.
Dann wird zum Segen erst des Sturmes Weh'n,
Und die Begeisterung zu kühnen Taten. — H. K.

Bor einem Schutthaufen.

Das Spiel ist aus. Am Ende des Stiles erschienen die Falschspieler auf der Bühne in bengalischer Bekleidung. Die arbeiterfreundliche Maske fiel, grinsend zeigte sich das Gesicht des gewisselns politischen Rostäufers.

Als sich unbezähmbare Elementarmächte im Streik der 200 000 Bergleute auslösten, da fühlte mit Ausnahme der Gesellschaftsbehörde das erschütterte Volk, daß es eine gewaltige, durchaus berechtigte Massenbewegung miterlebte. Auch die Regierung sah ein, daß es nicht gut ainging, in üblicher Weise von „privatem Streik“ usw. zu reden. Die Regierungsvorsteher verhielten den Bergleuten ein Schuhgesetz. Zuerst nahm dafür Herr Möller das Wort; später, als von sozialdemokratischer Seite Zweifel ausgesprochen wurden an der guten Absicht der Regierung, erklärte Herr Graf Rosadowsky, der Stellvertreter des Reichskanzlers, in feierlichem Tone vor aller Welt: **Das angekündigte Gesetz wird eine Reihe Beschränkungen der Bergarbeiter abstellen!** Ein ungemeindiges Versprechen der Regierung, den Bergleuten endlich zu helfen!

Nach fast zwei Monaten erschien die Regierungsvorlage. Gewiß, formell hatte die Regierung darin ihr Wort eingelöst, die Vorlage bot den Arbeitern mancherlei, noch mehr wenn die Ausführungsbestimmungen arbeiterfreundlich gefaßt wurden. Weniger als die Regierung vorzüglich konnte nicht gegeben werden, wollte die Regierung nicht ihr Wort schroff brechen.

Die Regierungsvorlage ist das Mindeste, weniger kann absolut nicht gegeben werden. Es kommt jetzt darauf an, noch einige Verbesserungen mehr durchzuführen."

Derart lautete das Urteil der Zentrumspresse über die Regierungsvorlage. Ströme von Tinte verschrieben die Zentrumsjournalisten, um vor dem katholischen Volke immer wieder zu betonen: "Ein Zurück hinter der Regierungsvorlage gibt es nicht, lieber das ganze Gesetz ablehnend und den richtigen Weg der Reichsgesetzgebung beschritten." Auf den rheinischen Parteidag des Zentrums vertraten die bekanntesten Führer, die Bergleute sollten sich mit getrost auf das Zentrum verlassen, es würde an den Reichstag gehen, wenn nicht mindestens die Regierungsvorlage im Landtag angenommen würde. In der "Köln. Volkszeitg." veröffentlichte ein Zentrumsbundesvertreter schon einen Gesetzesvorschlag als Anhang zur Reichsgesetzevorordnung, gewidmet dem Schutz der Bergleute. Kaum

hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihr Bergarbeitergesetz (abgedruckt in v. Nr. d. 3. Stg.) eingebracht, da folgte auch das Reichstagszentrum mit einem ähnlichen Entwurf. "Auf das Zentrum können wir uns verlassen", hörten wir katholische Kameraden und Zentrumsbündiger in Beratungen sagen. Die ordnerländende Voransage des "Vorwärts" wurde von der Zentrumspresse als eine "sozialdemokratische Gemeinheit" bezeichnet.

Inzwischen hatte die von uns schon gekennzeichnete Zentrumserinnerung der Regierungsvorlage durch die konservativ-nationalliberalen Kommissionen mehrheitlich stattgefunden. Die durch ihr den Bergleuten gegebenes Versprechen gebundene Regierung unterließ es trotzdem, die Zentrumserinnerung ihrer Vorlage vor das Gutweder — Oder zu stellen. Herr Möller und seine Assistenten sagten vielmehr mancherlei, was den staatsstreitenden Gewerkschaften und kapitalistischen Profittätern das Rückgrat stieß. Die Regierung war mit ihrem Herzen nicht beim Bergarbeitergeschäft. Welche politischen Folgen die Nichteinholung eines feierlich gegebenen Versprechens haben muß, darüber machen sich unsere "Staatsmänner" scheint's gar keine Gedanken. Als ob die Regierung überhaupt noch über einen namhaften Fonds von Vertrauen im Volke verfüge, so handelten die Herren Möller

und seine Gehilfen. Ob sie etwa denken: "Nach uns die Stürmlut!" — wer weiß es?

Der "Bergknappe" (Organ des christlichen Gewerksvereins) hat in seiner vorigen Nummer die Konservativen und Nationalliberalen in ihrer Volksfeindschaft und ihrem Arbeiterhass so trefflich gebrandmarkt, daß wir uns dem nur anschließen können. Die Nolle der Beimer, Franken, Hilbeck u. Gen. im Bergwerksbezirk ist ausgespielt, schrieb der "Bergknappe" im Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen. Das ist ganz unsere Ansicht. Wen aber trifft die Haupthandlung an dem schließlich zusammengedommenen Kindermittel, genannt "Bergarbeitergeschäft"? Das Zentrum! Diese Partei hat monatelang vor der Deppentlichkeit die Nolle des unentwegten Festhaltens "mindestens" an der Regierungsvorlage gespielt. Es hat das Volk in schmählichster Weise getäuscht!

In den Kreisen der Bergarbeiter sagte man sich ganz ungern: wir hoffen, daß der Landtag die Regierungsvorlage ablehnt. Dann wäre der Weg frei für die viel bessere Reichsgesetzgebung. Die Regierung könnte gegenüber ihren konservativen Freunden sich berufen auf das den Bergleuten gegebene Versprechen, welches nun im Reichstag eingelöst werden müsse, weil der Landtag die Regierung im Sitz ließ. Die preußische Regierung hätte einem ihrer Vorlage entsprechenden Reichsgesetz aufzunehmen müssen oder stand splitternd da als wortlos. Im Reichstag ist eine Mehrheit mindestens für die preußische Regierungsvorlage vorhanden.

Was ist aber geschehen? Zwischen der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes im Landtag arbeitete das Zentrum siebenhaft hinter den Konfissen und brachte ein schändliches Kompromiß zwischen sich, den Freikonservativen und Nationalliberalen zustande, dessen Resultat war, daß am 26. Mai der Landtag unter Zentrumsführung ein Gesetz beschloß, welches erheblich hinter der Regierungsvorlage zurückblieb!!!

Die Freisinnigen beantragten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die vereinigten Nationalliberalen, Freikonservativen und Zentrumler stimmten gegen diesen Antrag, lehnten also ab was vorher pathetisch als "das Mindeste" bezeichnet wurde. **So hat das Zentrum den Bergarbeitergeschäft begraben!** Wir stehen vor einem Schutthaufen, über dem die glorreiche Fahne der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht wohnt. Wäre das Zentrum eine wirklich arbeiterfreundliche Partei, dann müßte es alle Anträge, die hinter der Regierungsvorlage zurückblieben, ablehnen. Die Beschränkungen, denen dann keine Mehrheit im Landtag, dem Reichstag blieb es überlassen, die Bergarbeitergeschätzgebung einschließlich zu regeln. Diesen Standpunkt hat auch der preußische Bergarbeiterstag vertreten. Die Bergleute ohne Unterschied der Partei wollen von dem Schutthaufen nichts wissen, den das Zentrum statt eines auch nur halbwegs brauchbaren Gesetzes zusammengeschachert hat!!!

Das Zentrum hat geglaubt, mit den katholischen Arbeitern wie mit Regelputzen handieren zu können; es hat sein Gewicht für einen "parlamentarischen Erfolg" eingesetzt, der die "besseren Katholiken" rascher zu den Pfeilen einer Regierungspartei leiten soll. Was die Geschäftsführer der Bergleute verlangen, das ist dem billowfreudigen Zentrum Nebensache. Die politischen Folgen werden nicht ausbleiben. Schon jetzt zeigt sich das Volk in der klerikalen Rechnung: Die christlich-organisierten Bergleute lehnen das Zentrumsmachwerk ab, sie sind furchtbar getäuscht worden durch das Zentrum! Wir haben niemals vom Zentrum anderer als zentralistisches erwartet. Daher erlebten wir keine Enttäuschung. Unsere Kameraden haben dem Zentrum stets mehr aus als auf den vielversprechenden Mund gesehen. Unsere Ansicht über das Zentrum ist vollständig als richtig bestätigt.

Völlig fällt die Maske! Noch vor wenigen Tagen hat die Zentrumspresse bei ihren Lesern den Glauben geweckt, auch wenn der Landtag die Regierungsvorlage wesentlich annähme, dann würde das Zentrum doch wenigstens versuchen, die weitergehenden Forderungen der Bergleute (Achtundhundertstel usw.) durch ein Reichsgesetz zu erfüllen. Darum die pomphaft im Reichstag eingebrachten Anträge Hompesch und Genossen. Und jetzt schreibt die Zentrumspresse mit bemerkenswertem Hohn gegen die Bergleute:

"Durch die Annahme des Bergarbeitergeschätzgesetzes im Abgeordnetenhaus werden natürlich die auf dieselbe Angelegenheit bezüglichen im Reichstage eingebrochenen Entwürfe und Anträge nicht mehr zur Beratung kommen. Es wird schon jetzt in den Artikeln, die sich mit der gestrichenen Abstimmung beschäftigen, die Möglichkeit, daß man im Falle des Scheiterns an die Reichsgesetzgebung hätte appellieren können, gar nicht mehr erwähnt. Man scheint so ziemlich in allen Parteien zufrieden zu sein, daß die Angelegenheit erledigt ist, denn an der Zustimmung des Herrenhauses zweifelt man in unterrichteten Kreisen nicht mehr."

Kein Zweifel mehr, die Bergarbeiterinteressen sind verraten unter Führung des Zentrums. Als die sozialdemokratische Presse diesen Ausgang voransagte, tat die Zentrumspresse furchtbar enttäuscht und rasierte entschuldig mit dem Säbel gegen die Großkapitalisten und Konervative. Jetzt aber ist alles sonnenklar geworden. Schlüß! Das Spiel ist aus!

Kämpfhaft, unter Anwendung außergewöhnlicher Fälschungen und Verdrehungen, versucht nun die Zentrumspresse den Bergleuten einzureden, der Schutthaufen berge doch "Vorteile für die Bergleute". Aber es ist nichts zu machen. Der christliche "Bergknappe" erklärt sich strikt gegen das Monstrum und schreibt:

"Die christlichen Bergarbeiter haben keine Freude an dem Gesetz und nur den dringenden Wunsch, daß das Herrenhaus das Gesetz ablehnt, um so die Bahn für die Reichsgesetzgebung frei zu bekommen."

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß dies auch unsere Ansicht ist. Die Bergleute sind sich einig in der Verurteilung des Zentrumsmachwerkes und erklären, daß die Regierung, indem sie den Schutthaufen auerkennt, ihr den Bergleuten feierlich gegebenes Versprechen nicht einlöste! Der "Bergarbeiter", Organ des Hirsch-Dunkelischen Gewerksvereins der Bergleute erklärt, daß "fertiggebraute" Gesetze den Bergwerksbesitzern "nicht weh", woge den Bergarbeitern "nicht viel" und sei nicht geeignet, den "sozialen Frieden" im Bergbau herzustellen. Also die Bergleute auf der ganzen Linie wollen von dem Schutthaufen nichts wissen.

Die Nebensatz: "Es war nicht mehr zu erreichen" ist in diesem Falle unwahr. Der Reichstag hätte mindestens der Regierung eine Vorlage bewilligt. Das Zentrum hatte es in der Hand, im Reichstag den Bergleuten ihre seit Jahrzehnten erhobenen Forderungen weit besser zu erfüllen wie im Landtag. Bei der **Zollwuhervorlage** 1902 hat das Zentrum mit Gewalt die Zollgegner im Reichstag niedergeworfen, da kannte es keine staatsmännischen Eklektizismen. Aber damals galt es den agrarischen Gründen höhere Zollprosse aus der Tasche des Volkes zu verschaffen. Damals hat man in den Industriebezirken den katholischen Arbeitern versprochen, später "ausgleichende Gerechtigkeit" zu üben; es wurden soziale Reformgesetze verabschiedet. Damit beschwichtigte man die Zollopposition der christlich organisierten Arbeiter. Nun aber beim Bergarbeitergeschätzgesetz die Gelegenheit bekommen war, ausgleichende Gerechtigkeit zu üben, da gibt das Zentrum den schußbedürftigen Bergleuten **Steine statt Brot!** Es verhindert die Reichsberggesetzgebung und mag den Bergleuten noch weniger zu bieten als die gewiß nicht zu weit gehende Regierung!

Das wird außerordentlich klärend wirken im Volke. Was der "Bergknappe" aufregend über die Nationalliberalen und Konservativen sagt, das trifft auch auf das Zentrum zu. Die nächsten Wahlen werden es lehren.

Unsere Aufgabe besteht nach wie vor darin, von Nevier zu Nevier die Schläfen unter den Bergleuten anzurufen zur **Organisierung der Selbsthilfe!** Ihr lebt es nun, Kameraden, daß ihr Toren seid, wenn ihr Hilfe von anderer Seite erwartet. Der Streit mußte enden wie er endete, weil es den Bergleuten an einer **mächtigen Organisation** fehlt. Im Bergarbeiterlager muß Einigkeit und Übereinstimmung herrschen. Wer sich dem Verbande nicht anschließt oder ihn verläßt, der verläßt sich selbst und seine Kameraden. Falsch ist es, anzunehmen, man könne mit einem gewaltigen Unsturm die vorzüglich organisierten Gegner über den Haufen reißen. Das ist ausgeschlossen.

Unsere diesjährige Generalversammlung tritt zusammen zu dem Zwecke, die Machtmittel des Verbandes zu verstärken, ihm das Gefüge zu geben, dessen er bedarf zur Völung seiner großen Aufgaben. Wir haben einen eindrücklichen gewerkschaftlichen Einschauungsunterricht im großen Streit genommen. Läßt uns die Streiklehrer praktisch verwerten, denn nur das kann die Arbeiterschaft retten vor kapitalistischem Übermut und hinterlistigem Verrat. Manche verzweifelte Schicht liegt hinter uns, aber stets folgte noch die Sonne dem Dunkel der Nacht. Vertrauen wir nur der eigenen Kraft.

Fester wie je schaut euch um die Fahne des Verbandes! Bahrreicher denn je holt die Säumigen und Kleingläubigen herbei. Dann kommt auch unaufhaltsam der Tag der Abrechnung, der den geschundenen Bergarbeiterstand wieder zu Ehren bringen wird.

Der V. Gewerkschaftscongresz.

Dritter Tag.

Vormittagssitzung.

Bei Verhandlung steht: **Genossenschaft und Gewerkschaft** und erhält dazu das Wort

v. Elm-Hamburg: Die Konsumvereine Deutschlands hatten 1873 erst 87 500 Mitglieder. Von 1873—1888 herrschte völlige Stagnation. In diesen dreizehn Jahren wachsen die Konsumvereine nur auf 144 000 Mitglieder. Erst nach 1886 beginnen die Arbeiter sich allmählich für die Konsumvereine zu interessieren. Zunächst freilich nur vom rein materiellen Standpunkt aus, sodass in der ersten Periode die Dividende Hauptrolle spielt. Die Jahrzehntelange Vernachlässigung der Bewegung durch die Gewerkschaften und die Partei rächt sich bitter. Die Dividendenjägerei zeitigte die schlimmsten Früchte, und die Interessen der Angestellten wurden mit Füßen getreten. Statt belebend zu wirken, tadelte die Arbeiterpresse diese Auswüchse und machte Stimmung gegen die Konsumvereine. Jetzt haben die Konsumvereine etwa eine Million Mitglieder und einen Umsatz von 250 Millionen Mark jährlich; an Rückvergütung gewähren sie 20 Millionen Mark. Noch aber fehlt es an der Erkenntnis, dass die Organisation des Konsums ein Machtmittel für das Proletariat nicht bloß als Konsumtent, sondern auch als Produzent darstellt. Wenn die Arbeiter wollen, dann könnten sie die Produktion ausschließen, die in Büchhäusern, Strafanstalten, in der Heimindustrie hergestellt zu erbärmlichen Preisen zu haben sind. Aber es fehlt noch an diesem einheitlichen Willen. Ihn zu schaffen, ist Aufgabe der genossenschaftlichen Erziehung. Die Böhne sind durchweg höher als in der Privatindustrie. Ausnahmen kommen nur in solchen Orten vor, wo auch die gewerkschaftliche Bewegung zurückgeblieben ist. In zwei Vereinen besteht zum Beispiel der Mißstand, dass die Lagerhalter 2 bzw. 3 Prozent vom Umsatz erhalten und dafür die Verkäuferinnen selbst bezahlen müssen. In allgemeinen gilt die Regel: die geringsten Böhne werden dort bezahlt, wo die Mitglieder die höchste Dividende erhalten.

(Hört!) Ein Verein gibt 15 Prozent Dividende und zahlt seinen Lagerhaltern 56—66 Mark monatlich. (Hört!) Ein anderer Verein zahlt 15 Prozent und gibt dem Lagerhalter 15 Mark wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 6—9 Uhr im Sommer und von 7—9 Uhr im Winter. (Hört, hört!) Wo die Arbeiter als Arbeitgeber auftreten, sollten sie ihren Arbeitgebern ein besseres Beispiel geben. (Beifall.) Neben begündet in seinen weiteren Auseinandersetzungen nachstehende Resolution:

Der Gewerkschaftscongresz erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volks und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, dass die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Betritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland auf's tatkräftigste unterstützen. Der Kongresz verpflichtet namentlich die Gewerkschaftsmitglieder in den Konsumvereinen das Bestreben zu fördern, auf Grundlage des organisierten Konsums zur eigenen Produktion der Bedarfsartikel der großen Masse der Kaufmänner zu schreiten.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Großkaufgesellschaft kann in Deutschland wesentlich dazu dienen, für die gewerkschaftlichen Vertretungen vieler Berufe, einen Stützpunkt und einen Rückhalt zu bieten dadurch, dass genossenschaftliche Großbetriebe mit musterhaften sanitären Einrichtungen geschaffen werden.

Hierzu hält der Kongresz die Genossenschaften aus eigenem Interesse verpflichtet, da durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Konsumtaste des Volkes erhöht und in weiterer Folge die Konsumvereinbewegung gestärkt wird.

Zunächst erachtet der Kongresz im Interesse sowohl der Gewerkschaften, als der Genossenschaften, dass ein freundschaftliches Gegenverhältnis zwischen beiden Bewegungen Platz greift und tief-

gehende Differenzen, sowie unvereinbare Abstimmungen verhindern werden. Der Kongress hält es deshalb im Interesse der Genossenschaften für geboten:

1. daß dieselben die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in erster Linie berücksichtigen;

2. Die gewerkschaftlichen Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters anzuerkennen;

3. bei ihren Blättern grundsätzlich die in Buchhändlern, Strafanstalten und zu Händlern hergestellten Kaufrate auszuschalten und bitten, die ihre Waren ganz oder teilweise in der Haushaltswirtschaft herstellen lassen, möglichst von der Lieferung auszuschließen. Großbetriebe - Genossenschaften von den Konsumvereinen zu unterstützen, sofern dieselben zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen im Übereinkommen mit dem Centralverband des Berufes geeinigt worden und sie sich verpflichtet, ihre etwaigen Lieferabläufe im allgemeinen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Interesse zu verordnen;

4. bei denjenigen Vereinen, in welchen tarifliche Abschreibungen zwischen organisierten Arbeitern und den Händlern bzw. Einzelhändlern bestehen, nur solchen Firmen Aufträge auf Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten zu geben, welche die Gewerkschaften deren Tarife und Forderungen anerkennen, sowie bei Vergebung von Rechten an Privatunternehmern resp. bei Gewerkschaftung gewerkschaftlicher Betriebe durch Privatunternehmer kontraktlich festzulegen, daß die gewerkschaftlichen Vorschriften und Arbeitsbedingungen von diesen eingehalten werden müssen;

5. bei den Centralverbänden und örtlichen Gewerkschaftskartellen resp. von dem Gewerkschaftsausschuß als berechtigt anerkannten Vororten die boykottierten Firmen bei ihrem Warenbezug nicht mehr zu berücksichtigen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen verpflichten sich demgegenüber, in Fällen von Boykotts für die wettbewegende Ausführung des konsumistischen Publizismus zu sorgen.

Über etwaige Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften entscheiden, sofern es sich um örtliche Fragen handelt, in erster Instanz die Vorstände der beteiligten Gewerkschaft und Genossenschaft. Kommt eine Einigung nicht zustande oder folgen sich die Parteien der getroffenen Entscheidung nicht, so hat ein Schiedsgericht aus Vertretern der örtlichen Gewerkschaftskommission — in deren Erhaltung der örtlichen Gewerkschaftsleiter — und aus Vertretern der Konsumvereine des Distrikts, unter Leitung eines von diesen Vertretern hinzugezogenen Unparteiischen einen Schiedsspruch zu füllen.

Bei Differenzen zwischen einem Gewerkschaftsverband und der Gesamtheit der Genossenschaften soll die Bildung dieses Schiedsgerichtes dem Centralvorstande der beteiligten Gewerkschaftsorganisation und dem Vorstande des Centralverbandes der Konsumvereine obliegen. Der Entschluß dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein, und alle Präferenzurteile über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedsspruchs vermieden werden.

Im Interesse der genossenschaftlichen Entwicklung und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Angestellten der Konsumvereine verurteilt der Kongress entschieden das Bestreben, die Konsumvereine lediglich als Dividenden-Institutionen der Mitglieder zu betrachten.

Der Kongress hält die Genossenschaften für verpflichtet, jährlich Klägerungen zur Einführung eigener örtlicher Produktion und zur Förderung einer allgemeinen genossenschaftlichen Produktion für das Reich zu machen, und erwartet von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie in diesem Sinne in den Genossenschaften wirken."

Nachmittagsitzung.

Die Nachmittagsitzung beginnt mit der oft noch recht lebhaften Diskussion über Genossenschaft und Gewerkschaft. In seinem Schlussswort wies von Elm die meisten Angriffe, die gegen die Genossenschaften erhoben worden sind, als ungutstellend zurück. Wenn auch Einzelfälle vorgekommen sein mögen, die eine Kritik herausfordern, so müßte man doch Gerechtigkeit walten lassen und anerkennen, daß die Angestellten der Konsumvereine besser gestellt seien, als die in den privatkapitalistischen Betrieben. Wo gibt es dort so frühen Ladeabschluß, wo gibt es dort den Abschlußtag, wo die vollständige Sonntagsruhe, wo Urlaub mit Fortzahlung des Lohnes? Die Gewerkschaften stellen auch manchesmal ungerechtfertigte Forderungen. (Diese Neuerung rief lebhafte Widersprüche hervor und man forderte den Redner auf, diejenigen Gewerkschaften zu nennen, die ungerechtfertigte Forderungen stellten.) Bei einem Neubau des Konsumvereins "Produktion" hätten die Gewerkschaften verlangt, daß alles in Hamburg hergestellt werden müsse, was eine Mehrausgabe von 10 000 Mark verursachte. An einen Privatunternehmer würde man mit solchen Forderungen nicht herantreten. Auch die weiteren Ausführungen v. Elm rufen mehrfach lebhafte Widersprüche hervor und geben Veranlassung zu einer längeren persönlichen Auseinandersetzung. Schließlich gelangte die von ihm vorgeschlagene, oben schon abgedruckte Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme.

Es folgt nun der Punkt Gewerkschaftskartell in der Gewerkschaftsbewegung, worüber Link-Berlin (Arbeitersekretär) ausführt:

Die Gewerkschaftskartelle, die örtlichen Vereinigungen der Gewerkschaften, haben bisher vielfach ihre Aufgaben verkannt, sich in Organisationsfragen eingesetzt, Kompetenzstreitigkeiten mit den Centralvorständen hervorgerufen und so nichts geleistet, was im Ver-

hältnis stände zu den basierenden Auswendungen. So sollte ihnen das Recht genommen werden, selbständig Sammlungen auszuschreiben (Lebhafte Sache richtig!) und in Organisationsfragen sich einzumischen. Dafür sollten sie für die Gewinnung von Volksal, das Bergbauswesen und den Arbeitsnachweis sorgen, besonders aber allen Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung die größte Aufmerksamkeit widmen. Sie haben in der Aufgabe, Material zur Anwendung der SS 120—1200 zu beschaffen, in der Vorbereitung der Wahlen zu den Krankenkassen, unteren Verwaltungsbehörden und zu den Kommissionen für Unfallverhütungsvorschriften reiche Tätigkeitsfelder. Auf allen diesen Gebieten hat die Arbeiterschaft noch nicht das erforderliche geleistet. Schließlich können die Kartelle noch Auskunft Abende einrichten usw. Wenn die Kartelle diese Aufgabe erfüllen, so werden die notwendigen Ausgaben weit hinter dem Nutzen zurückbleiben, und wer nicht gleichzeitig, überwollend oder vorweggenommen ist, wird anerkennen müssen, daß die Gewerkschaftskartelle innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine große Aufgabe haben. (Bravo.)

Die Debatte hierüber dehnt sich bis sechs Uhr abends aus, jedoch wird auf Vorschlag Legien noch das Referat zum nächsten Punkt der Tagordnung:

Arbeitskammern oder Arbeiterkammern

angehört.

Umbreit-Berlin, Redakteur des "Correspondenzblatt", begründet die paritätischen Arbeitskammern, als Vertretungskorporationen der Arbeiterschaften. In allen paritätischen Institutionen sind die arbeiterfreundlicheren Elemente im Unternehmertum zur Geltung gekommen, besonders in der Gewerbegehirten. In den Krautkassen treten Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam allen Angriffen auf die Selbstverwaltung entgegen, selbst in Leipzig, dessen Arbeiterschaft doch in der Pflege der Klassengegenseitigkeit allen anderen voran ist. Durch Angliederung paritätischer Arbeitsnachweise Einigungs- und Tarifämter, könnten den Scharfmachern die Arbeitskammern noch mehr vereitelt werden. Schilt sie doch heute schon die "Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" Streitkammern. Aber sollten trotz alledem d. Scharfmacher die Unternehmertüre einnehmen, nun, wir haben schon auf ungünstigerem Terrain gekämpft. Uebrigens hieße es an der Zukunft des ganzen paritätischen Prinzips verzweifeln, wollte man immer nur mit den Scharfmachern im Unternehmertum rechnen. Tüchtige Vertreter werden wir immer finden, besonders, wenn auch die Gewerkschaftsbeamten das passive Wahlrecht erhalten. Schließlich könnten diese Kammern ganz gut neben reinen Interessenvertretungen der Arbeiter bestehen, die alleine berechtigt wären, wenn die Kommunen nicht die bezeichneten Befreiungen erhalten. Auch dann würde ich auf Arbeitskammern verzichten, wenn sie nicht aus direkter Wahl hervorgingen. Nun sind aber die reinen Arbeiterkammern durch die Gewerkschaften entbehrlich gemacht. Deshalb halte ich sie für ebenso unwichtig wie die paritätischen Arbeitskammern wichtig, und bitte Sie, sich für diese auszusprechen. (Weißall.)

Schluss 7 1/4 Uhr.

Vierter Tag.

Vormittagsitzung.

Für den Punkt Arbeitskammern oder Arbeiterkammern, über die heute die Handlungen fortgeführt werden, ist als Referent Nebelstein

Hue-Essen vorgesehen. Nebelstein vertreibt den Standpunkt der reinen Arbeiterkammern als die einzige richtige Klassenvertretung. Wollte jemand fragen, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern prinzipiell richtig seien, so würde ich zweifellos antworten, daß es sich um eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit hier überhaupt nicht handelt. Aber charakteristisch ist doch, daß der "radikalere" Gewerkschaftscollegium Umbreit für paritätische Arbeitskammern eintritt, ich hingegen, den kann für mehr paritätsdienstlich hält, für eine Arbeiterkammer. Das könnte denen zu denken geben, da die Gewerkschaftskollegen oder Parteigenossen in die Gruppe der Revisionisten oder Radikalen einzuzeichnen lieben. Denn auch in der sozialdemokratischen Fraktion ist die Spaltung ganz analog. Man glaube nicht, daß die neutralen Gewerkschafter auch für Arbeitskammern eintreten müßten. Ich bin "neutral", weil ich glaube, daß schließlich alle Arbeiterorganisationen Arbeiterpolitik in sozialdemokratischer Richtung treiben werden. Aber Umbreit ist diesmal hinter die Anschaunen zurückgegangen, die längst von den Hirsch-Dümderischen zum alten Eisen geworfen worden sind. (Sehr richtig!) Über ich kam an Umbreits eigenen Worten nachzuweisen, wie stark er sich von Illusionen leiten läßt. Er meint, es werde nicht schwer sein, für die Arbeitskammern genügend befähigte Arbeitervertreter zu haben. Über das sollte doch gerade das Argument der scharfmacherischen Feinde der Arbeiter sein, daß diese nicht fähig seien, selbständig Arbeiterkammern zu leiten. Umbreit sagte, Arbeiterkammern seien das allermindeste, was wir forderten. Ich hatte gedacht, Arbeitskammern seien das mindeste. Ich hatte gedacht, die prinzipielle Forderung seien Arbeiterkammern. Arbeits-

kammern seien schon eine bedeutende Konzession an das Unternehmertum. Und in der Tat, selbst Professor Hesse, selbst der ehemalige Staatsminister v. Berlepsch, selbst der Privatdozent Dr. Harns, vielleicht der hervorragendste Kenner der Materie, halten die Arbeiterkammern für das Ideal und ziehen sich ihr mit Mitleid auf die ihnen unerträglichen Widerstände auf Arbeitskammern zurück. Nicht die Bosheit oder die hervorragende Intelligenz einiger Schriftsteller lassen sie heute unter den Unternehmern überwiegen. Die ökonomische Entwicklung schafft die Nützlichkeit zwischen Kapital und Arbeit. Etwas mehr historischen Materialismus könnte man dem Kollegen Umbreit empfehlen. Nicht die Freude, vom Unternehmertumspunkt aus gesagt, die größten Schwachmuthisse, werden von den Unternehmern in die paritätische Interessenvertretung gesunken werden, sondern, wie auch von uns, die intelligentesten, besten und schärfsten Interessenvertreter.

Die paritätischen Arbeitskammern in Belgien, in Frankreich und in Holland haben die auf sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt, wohl aber haben die Arbeiterkammern die Gewerkschaftsbewegung treiflich vorwärts gebracht, wie eine Art Gewerkschaftskartell. In Frankreich tritt gerade ein Unternehmervertreter, der Senator Berger, im Gegensaß zu den Gewerkschaften für das direkte Wahlrecht zu den Gewerkschaften und Einigungsämtern ein. Wenn die Handelskammern seit 40 Jahren nur das handelstriebende Unternehmertum vertreten, ist es da nicht beschämend, entwürdigend, wie bescheiden heute noch die Arbeiter sind, wenn sie die reinen Arbeiterkammern als unerreichbares Ideal hinstellen? (Sehr wahr!) Sollen wir wirklich dem Unternehmertum noch eine neue Vertretung schaffen? Die Revolution Umbreit spricht in der Einleitung selbst von der geistigen Überzeugung der Arbeitervertretung. Aber die paritätischen Arbeitskammern sollen nur mit einer Scheinvertretung das Stille und Drängen der Arbeiterschaft nach einer geistigen Arbeitervertretung abflütern. Wir haben hier nicht Eventualanträge zu stellen, sondern prinzipielle. Was hinterher herauskommen wird aus den Kompromissen der Regierung und der Parteien, das kann noch niemand wissen. Wenn eine sehr große Flottenvorlage kommt, wird das Zentrum sich vielleicht mehr bewilligen lassen müssen. (Große Heiterkeit.) Wir aber haben hier nur klipp und klar unsere Forderungen auszusprechen. Die Geister, welche die Unternehmer gerufen haben, werden sie nicht wieder los. Aber auch die Männer und Föhrer der christlichen Gewerbevereine haben nicht gedacht, daß diese 1905 in den Tagesfragen solch eine Stellung eingenommen würden. (Große Heiterkeit, auch bei den anwesenden Vorstandsmitgliedern der christlichen Gewerbevereine, zu denen Hu teilsweise spricht.) Nach dem Umbreitischen Argument blühten wir ja auch nicht mehr streiten, seit Bergrat Hilger 1889 für den Streik agitiert hat. (Heiterkeit.) Zu guter Letzt, seit Bergrat Hilger 1889 für den Streik agitiert hat. (Heiterkeit.)

Um Umbreit's Argumenten stand es durch, als ob wir uns leichter mit den Unternehmern verständigen könnten als mit den anderen organisierten Arbeitern. Aber die Arbeiter sind Fleisch von unserm Fleisch, haben gleich uns alle Drangsal des Arbeitersstandes erduldet. Die Sonderorganisation nimmt ihnen nicht den Charakter als Klassengenossen. (Lebhafte Zusammensetzung.) Die Aussage Umbreits ist eine beschämende Verleugnung des Klassenkampfprinzips. Allen Demagogie zum Trotz ging im Bergarbeiterstreit die proletarische Massenbewegung einheitlich ihre Bahn. Es kann für alle Arbeiter nur vorteilhaft sein, wenn sich die verschiedenen Organisationen in den Arbeiterkammern verstehen lernen und so zu der einheitlichen Organisation kommen, welche die Unternehmer schon längst haben. Wenn ich schon Harmoniedilettante sein soll, will ich lieber mit christlichen Arbeitern als mit den Unternehmern harmoniedilettieren. Ist es doch in meiner Heimat oft der reine Zufall, der den Arbeiter in diese oder jene Organisation führt. Den Denazogogen in M.-Gladbach ist niemand verhästter, als der Harmoniedilettante. (Widerspruch bei den Christlichen.) Man muss schon große Parteischulden tragen, um nicht die Vorteile des Zusammengehens zu sehen. In den reinen Arbeiterkammern werden die Massen genossen nach eingehender Aussprache einen einheitlichen Standpunkt gewinnen. In den Arbeitskammern genügt ein Schwächer, ein gutes Vok, um den Unternehmern die Majorität zu verschaffen. Dann werden die Gutachten gegen uns ausgenutzt werden, und darum lieber keine Arbeitervertretung als diese paritätischen Scheinkammern. (Weißall.)

Eine längere Debatte schließt sich an die Referate an, in welcher sich fast sämtliche Redner für eine Arbeiterkammer aussprechen; nur die Metallarbeiter traten geschlossen für Arbeitskammern ein. Bei andern Berufen sind die Anschaunen geteilt, doch neigt die übergroße Mehrzahl zu Arbeiterkammern. Um 11 1/4 Uhr wird die Sitzung geschlossen und fällt die Nachmittagsitzung aus, weil der Kongress einen gemeinschaftlichen Damfer-Ausflug nach Königs-Winter macht.

Fünfter Tag.

Vormittagsitzung.

Die Debatte über Arbeitskammern oder Arbeiterkammern wird fortgesetzt. Die Referenten vertreten nochmals in längeren Ans-

Gin „neuer“ Weg?

Von Hermann Damm (Hamburg).

Was nachkommt, sondern daß in allen Schichten der Bevölkerung mit den Streikenden sympathisiert und ihnen wirkliche Hilfe zuteil geworden ist; mögen die Beweggründe sein, welche sie wollen. Ein solcher Riesenstreik aber, wie er im Ruhrgebiet entbrannt, und der für die kommenden Kämpfe typisch ist, stellt andere Ausgaben in Aufführung, der Mittel und läßt die Unterstützungsfrage erneut und brennend in den Vordergrund treten.

Wir möchten darum die Frage aufwerfen: gibt es nicht noch andere Wege, streikenden oder ausgepriesenen Arbeitern hilfreich beizustehen? Ist die Unterstützung durch Geldmittel die einzige Möglichkeit? Kann die Weitläufigkeit der Unterstützung bei gleichbleibendem Zustrom an Unterstützungs geldern nicht erhöht werden?

Es ist eine eigenartige Erscheinung, die uns in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter entgegentritt. Gegen die Ausbreitung als Produzenten sucht sich der Arbeiter zu wehren, indem er sich mit seinesgleichen zusammenstellt und im gemeinschaftlichen Vorgehen durch eventuelle Voreinhaltung der Arbeitskraft dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abjuringen sucht. Daß er aber als Konsument, als Verbraucher der von ihm selbst hergestellten Waren in eben demselben Maße ausgebeutet wird, zu dieser Erkenntnis hat sich die große Masse der Arbeiter noch nicht durchgerungen. Aus diesem heraus könnte man wohl die Frage aufwerfen: Wieviel ist nicht ein Teil der Summen, die die Unternehmung durch Geldmittel die einzige Möglichkeit? Kann die Weitläufigkeit der Unterstützung bei gleichbleibendem Zustrom an Unterstützungs geldern nicht erhöht werden?

Es ist eine eigenartige Erscheinung, die uns in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter entgegentritt. Gegen die Ausbreitung als Produzenten sucht sich der Arbeiter zu wehren, indem er sich mit seinesgleichen zusammenstellt und im gemeinschaftlichen Vorgehen durch eventuelle Voreinhaltung der Arbeitskraft dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abjuringen sucht. Daß er aber als Konsument, als Verbraucher der von ihm selbst hergestellten Waren in eben demselben Maße ausgebeutet wird, zu dieser Erkenntnis hat sich die große Masse der Arbeiter noch nicht durchgerungen. Aus diesem heraus könnte man wohl die Frage aufwerfen: Wieviel ist nicht ein Teil der Summen, die die Unternehmung durch Geldmittel die einzige Möglichkeit? Kann die Weitläufigkeit der Unterstützung bei gleichbleibendem Zustrom an Unterstützungs geldern nicht erhöht werden?

Es ist eine eigenartige Erscheinung, die uns in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter entgegentritt. Gegen die Ausbreitung als Produzenten sucht sich der Arbeiter zu wehren, indem er sich mit seinesgleichen zusammenstellt und im gemeinschaftlichen Vorgehen durch eventuelle Voreinhaltung der Arbeitskraft dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abjuringen sucht. Daß er aber als Konsument, als Verbraucher der von ihm selbst hergestellten Waren in eben demselben Maße ausgebeutet wird, zu dieser Erkenntnis hat sich die große Masse der Arbeiter noch nicht durchgerungen. Aus diesem heraus könnte man wohl die Frage aufwerfen: Wieviel ist nicht ein Teil der Summen, die die Unternehmung durch Geldmittel die einzige Möglichkeit? Kann die Weitläufigkeit der Unterstützung bei gleichbleibendem Zustrom an Unterstützungs geldern nicht erhöht werden?

Es ist eine eigenartige Erscheinung, die uns in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter entgegentritt. Gegen die Ausbreitung als Produzenten sucht sich der Arbeiter zu wehren, indem er sich mit seinesgleichen zusammenstellt und im gemeinschaftlichen Vorgehen durch eventuelle Voreinhaltung der Arbeitskraft dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abjuringen sucht. Daß er aber als Konsument, als Verbraucher der von ihm selbst hergestellten Waren in eben demselben Maße ausgebeutet wird, zu dieser Erkenntnis hat sich die große Masse der Arbeiter noch nicht durchgerungen. Aus diesem heraus könnte man wohl die Frage aufwerfen: Wieviel ist nicht ein Teil der Summen, die die Unternehmung durch Geldmittel die einzige Möglichkeit? Kann die Weitläufigkeit der Unterstützung bei gleichbleibendem Zustrom an Unterstützungs geldern nicht erhöht werden?

Es ist eine eigenartige Erscheinung, die uns in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter entgegentritt. Gegen die Ausbreitung als Produzenten sucht sich der Arbeiter zu wehren, indem er sich mit seinesgleichen zusammenstellt und im gemeinschaftlichen Vorgehen durch eventuelle Voreinhaltung der Arbeitskraft dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abjuringen sucht. Daß er aber als Konsument, als Verbraucher der von ihm selbst hergestellten Waren in eben demselben Maße ausgebeutet wird, zu dieser Erkenntnis hat sich die große Masse der Arbeiter noch nicht durchgerungen. Aus diesem heraus könnte man wohl die Frage aufwerfen: Wieviel ist nicht ein Teil der Summen, die die Unternehmung durch Geldmittel die einzige Möglichkeit? Kann die Weitläufigkeit der Unterstützung bei gleichbleibendem Zustrom an Unterstützungs geldern nicht erhöht werden?

Es ist eine eigenartige Erscheinung, die uns in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter entgegentritt. Gegen die Ausbreitung als Produzenten sucht sich der Arbeiter zu wehren, indem er sich mit seinesgleichen zusammenstellt und im gemeinschaftlichen Vorgehen durch eventuelle Voreinhaltung der Arbeitskraft dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abjuringen sucht. Daß er aber als Konsument, als Verbraucher der von ihm selbst hergestellten Waren in eben demselben Maße ausgebeutet wird, zu dieser Erkenntnis hat sich die große Masse der Arbeiter noch nicht durchgerungen. Aus diesem heraus könnte man wohl die Frage aufwerfen: Wieviel ist nicht ein Teil der Summen, die die Unternehmung durch Geldmittel die einzige Möglichkeit? Kann die Weitläufigkeit der Unterstützung bei gleichbleibendem Zustrom an Unterstützungs geldern nicht erhöht werden?

Es ist eine eigenartige Erscheinung, die uns in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter entgegentritt. Gegen die Ausbreitung als Produzenten sucht sich der Arbeiter zu wehren, indem er sich mit seinesgleichen zusammenstellt und im gemeinschaftlichen Vorgehen durch eventuelle Voreinhaltung der Arbeitskraft dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abjuringen sucht. Daß er aber als Konsument, als Verbraucher der von ihm selbst hergestellten Waren in eben demselben Maße ausgebeutet wird, zu dieser Erkenntnis hat sich die große Masse der Arbeiter noch nicht durchgerungen. Aus diesem heraus könnte man wohl die Frage aufwerfen: Wieviel ist nicht ein Teil der Summen, die die Unternehmung durch Geldmittel die einzige Möglichkeit? Kann die Weitläufigkeit der Unterstützung bei gleichbleibendem Zustrom an Unterstützungs geldern nicht erhöht werden?

Es ist eine eigenartige Erscheinung, die uns in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter entgegentritt. Gegen die Ausbreitung als Produzenten sucht sich der Arbeiter zu wehren, indem er sich mit seinesgleichen zusammenstellt und im gemeinschaftlichen Vorgehen durch eventuelle Voreinhaltung der Arbeitskraft dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abjuringen sucht. Daß er aber als Konsument, als Verbraucher der von ihm selbst hergestellten Waren in eben demselben Maße ausgebeutet wird, zu dieser Erkenntnis hat sich die große Masse der Arbeiter noch nicht durchgerungen. Aus diesem heraus könnte man wohl die Frage aufwerfen: Wieviel

silbrungen in ihrem Schlussswort jeder seinen Standpunkt, womit dann eine prinzipielle Abstimmung erfolgt. 48 Delegierte, die 379491 Mitglieder vertraten, stimmten für Arbeitskammern, während 151 mit 771663 Mitgliederstimmen sich für Arbeiterkammern erklärten, die somit mit großer Mehrheit angenommen sind. Die beiden Referenten kündeten und die werden aufgefordert, gemeinsam eine Resolution im Sinne der Abstimmung anzuarbeiten und dem Kongress zu unterbreiten. Die später vorgelegte Resolution, die gegen zwei Stimmen endgültig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

"Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erwartet von der Reichsgesetzgebung die Schaffung von Arbeiterkammern als gesetzlich anerkannte Arbeiterversetzung. Dieselben sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten Anträge zu stellen, Gutachten zu erstatten, Beschlüsse zu fassen, bei der Veranstellung von Enqueten und arbeitsstatistischen Aufnahmen, sowie insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und an der Förderung corporativer Arbeitsverträge mitzuwirken."

Der Kongress erhält in dem geplanten Ausbau der Gewerkschaften zu Arbeiterkammern nur den Versuch, die Wirksamkeit selbst dieser Organe zu verstärken und eine Vertretung der weltlichen Arbeiterschaft auszuschließen. Von der Überzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterschaft in Reich und Staat zu gewährleisten, verurteilte der Kongress durchaus diese wie jede andre Lösung, die der Schaffung selbständiger Kammern entgegensteht.

Als unerlässliche Voraussetzung erachtet der Kongress, daß das aktive und passive Wahlrecht zu diesen Kammern auf der Basis des Proportionalwahlsystems allen geschäftlichen Arbeitern und Arbeitertinnen in Bergbau, Industrie und Gewerbe, Handel, Post- und Landwirtschaft verteilt wird, und daß die beflockten Angestellten der Berufssvereine ebenso wie berufstätige Arbeiter wählbar sind."

Über den nächsten Punkt der Tagesordnung: "Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik?" referiert Bömelburg-Hamburg. Es wäre eine Unverhofftheit, wenn die Gewerkschaften nicht ihrerseits Stellung zu dieser Frage nehmen wollten. Ganz laufen sie Gefahr, wenn sie heute nicht sprechen, sich verschließen müssen, die an andern Orten gesagt sind. Auf der Tagesordnung steht: Einstellungnahme der Gewerkschaften zum politischen Massenstreik. Es gibt ja jetzt eine ganze Menge von Streikarten, die ich gar nicht alle kennen kann. (Heiterkeit.) Da gibt es die Auffassung der Anarchisten, die Auffassung Friedbergs, die Auffassung der Holländer, der Franzosen, der Italiener, die Auffassung der internationalen Kongresse und alle unterscheiden sich untereinander. In neuester Zeit hat man die Bezeichnung: politischer Massenstreik aufgebracht, der nach der Ansicht der Erfüller dieses Wortes etwas anderes sein soll, als der Generalstreik. Ein Generalstreik wurde auch der Bergarbeiterstreik genannt. Dazu eine Bemerkung: Die deutschen Gewerkschaften haben alle Veranlassung, dem Unzug entgegenzutreten, der in der Arbeiterpresse hier und da und in Verhandlungen sich breit macht. Wenn nämlich einmal ein Streik nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endet, dann wird sofort von einer großen Niederlage geredet. Ein größerer Unzug ist nicht zu denken. (Lebhafte Zustimmung.) Wie oft schon ist von solch großen Niederlagen gesprochen; so 1890 und 1891, wo es schon hieß, die Gewerkschaften seien ohnmächtig im Kampfe gegen den Kapitalismus. Wie oft sind ein Jahr nach einer sogen. Niederlage die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden. Haben das die Arbeitgeber aus gutem Herzen getan? Nein, aber sie wollten nicht zum Abo einen solchen "Sieg" gewinnen. Wenn der Bergarbeiterstreik zu nichts weiterem führt, als zu einer starken finanziell gut fundierten Organisation, so ist das allem schon ein ganz gewaltiger Erfolg. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun kommen Leute und sagen: Soht Ihr's, so könnt Ihr nichts erreichen. Ihr müßt eine ganz andere Taktik einschlagen. Wenn die Arbeiter eines Gewerbes nicht siegen können, so sollen andere Arbeiterkategorien die gesamte Produktionlahmlegen, um so auf die Unternehmer, Staats- und Gemeindebehörden und alle Kreise des Publikums einen starken moralischen und materiellen Druck auszuüben. Aber sollten z. B. beim Bergarbeiterstreik die Solidaritätsstreiks vorliegen, so hätten nicht nur alle deutschen Bergarbeiter, sondern auch die belgischen, englischen und österreichischen Bergarbeiter in den Streik treten müssen. Hätte das wohl die Chancen des Ausstands verbessert? — Viele Beispiele für derartig umfassende Sympathiestreiks haben wir nicht. In Spanien soll einmal zur Unterstützung eines Bergarbeiterstreiks die Arbeiter wenigen Tagen gestoppt haben. Derartige "Siege" haben wir in Deutschland auch bei Forderungen unorganisierter gehabt. Aber dann fragt es sich doch, ob bei den viel schärferen Klassengegensätzen in Deutschland durch solche Sympathiestreiks die Kämpfe nicht noch viel schärfer werden würden. In ihrem "Generalstreik" laborieren die Glasarbeiter noch heute und wahrscheinlich noch ein Jahrzehnt; die meist betroffenen Glasarbeiter sind noch heute fast vollkommen der Organisation verloren. Gewiß rufen die Arbeiter im Kampfe, wenn sie nicht anders mehr siegen können, nach allen Seiten um Hilfe. Aber wer ihnen predigt, daß diese Hilfe durch Sympathiestreiks möglich ist,

der versteht nichts vom praktischen Leben oder glaubt an den anarchistischen Generalstreik, der die soziale Frage im Handumdrehen lösen soll. Jedenfalls könnte ein so langer Streik nicht ohne Unterstützungen durchgeführt werden. Selbst wenn wir siegten, hätten wir uns in dem politischen Kampfe so verausgabt, daß die Unternehmer leicht mit uns abrechnen könnten. Unterlegen wir aber, so wäre das verlorene Vertrauen in langen Jahren nicht wieder herzustellen. Die bisherigen Massenstreiks haben auch keinen dauernden Erfolg gehabt. In Italien haben die Arbeiter das verlorene Versprechen eines Ministers gewonnen, nicht mehr auf die Streikenden schießen zu lassen, aber das Koalitionsstreit der Eisenbahner verlor. In Schweden ist man sich über eine ernste Probe auf den Generalstreik keineswegs einzigt, und die Resultate in Belgien und Holland sind auch nicht gerade ermutigend.

Das sind Argumente, die gegen die Anwendung des Generalstreiks überhaupt sprechen. Über wie haben keine Veranlassung, heute über zu sagen, daß er nie angewendet werden wird. Die Entscheidung über eine solche Frage schlecht nur am besten auf. (Vielfach Zustimmung.)

Wir können über den politischen Massenstreik wohl diskutieren, aber wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir ihn anwenden. Und aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung muß auch die Diskussion über Streik hervor gehen wir, als es hingegangen ist. (Sehr richtig!) Der Ausbruch des Bergarbeiterstreiks hat mir gezeigt, daß man solche Streiks nicht künstlich machen, noch aufhalten kann. Hätten wir den Streik gewollt, wäre er vielleicht gar nicht gekommen, während er so kam, trotzdem wir ihn aufhalten wollten. Bei diesem Streik war es uns trotz aller Sympathie des ganzen Landes nicht möglich, ein paar verhassten Kohlenkönigen eins auf den Kopf versetzen zu können, wie sollten wir erst einen Streik gegen eine ganze Gesellschaft siegreich durchführen?

In der Vormittagssitzung sprechen noch Alois Schmidt-Berlin, Buchbinder, für und Otto Schmidt-Berlin, Generalsekretär, gegen den Generalstreik.

nicht, schiebt sie hinaus. Mit dem Absatz 8 ist die Resolution Bömelburg für mich unannehmbar. (Vernehmter Beifall.)

Petim Peter - Voßum (Bergarbeiter) hält die Neuerung des Referenten hier die Literaten für berechtigt. Als er Viehmarkt auf dem Bremer Parteitag habe sagen hören: Man solle die Arbeiter in einem gegebenen Augenblick auf die Schanze rufen, habe er sich gefragt: Ach, mein lieber Mann, wenn du auf der Schanze stehen und rufen willst, dann möcht ich einmal sehen, wie viel Arbeiter dir da folgen werden. (Heiterkeit.) Ein Unterschied zwischen dem anarchistischen Generalstreik und einem politischen Massenstreik vermag ich nicht zu erkennen. Jeder Streik ist von ökonomischen Folgen, mögen die Ursachen nun politischer oder sonstiger Natur sein. Die Massenstreikpropagierer sagen: Wir wollen in friedlichen Massenstreik einige Lage der bürgerlichen Gesellschaft demonstrieren, daß sie ohne Arbeit nicht existieren könnte. Das ist sehr richtig, und das weiß die bürgerliche Gesellschaft; sie weiß aber auch, daß die Arbeiter ohne Arbeit nicht leben können. (Sehr richtig!) Ein breitläufiger Generalstreik würde das Vaterland schwer schwächen, aber gerade diesjenigen nicht treffen, die wir treffen wollen, sondern nur einige konservative (Schein-) Existenznissen würden dadurch zugrunde gerichtet, proletarisiert werden, während das Großkapital viel mächtiger aus dem Streik hervor gehen wird, als es hingegangen ist. (Sehr richtig!) Der Ausbruch des Bergarbeiterstreiks hat mir gezeigt, daß man solche Streiks nicht künstlich machen, noch aufhalten kann. Hätten wir den Streik gewollt, wäre er vielleicht gar nicht gekommen, während er so kam, trotzdem wir ihn aufhalten wollten. Bei diesem Streik war es uns trotz aller Sympathie des ganzen Landes nicht möglich, ein paar verhassten Kohlenkönigen eins auf den Kopf versetzen zu können, wie sollten wir erst einen Streik gegen eine ganze Gesellschaft siegreich durchführen?

In der Vormittagssitzung sprechen noch Alois Schmidt-Berlin, Buchbinder, für und Otto Schmidt-Berlin, Generalsekretär, gegen den Generalstreik.

Nachmittagssitzung.

In der fortgesetzten Debatte über den Generalstreik erhält das Wort: Schumann-Berlin (Transportarbeiter):

Als Vertreter eines Berufs, der für die Durchführung des Generalstreiks besonders stark in Betracht kommt, unterschreiben wir Bömelburgs Ausführungen vollinhaltlich. In einem Menschenalter werden wir Transportarbeiter in der Organisation erst so weit sein, ernsthaft über den Generalstreik zu diskutieren. Und ob die Eisenbahner in Deutschland jemals so weit kommen werden, ist mehr als zweifelhaft. Deshalb sollten wir nicht allzuviel mit dem Trüber spielen. Wenn wir den Generalstreik propagieren, erschweren wir die kleine mittlere Organisationsarbeit. Noch ein Generalstreik hat dem Volke Vorteile gebracht — außer vielleicht der holländische den holländischen Arbeitern die Befreiung von den anarchistischen Generalstreikideen. Mit dem Generalstreik arbeiten wir der Reaktion in die Hände. Sehen wir ruhig unsern Klassenkampf gegen das Unternehmertum fort, er wird die Arbeiterschaft am sichersten aufwärts führen.

v. Elm-Hamburg: Schon 1890 auf dem Pariser Kongress erkannte ich an, daß der Generalstreik unter Umständen ein Mittel sein kann, um mit Lassalle zu reden, zu gegebener Zeit alle Kräfte auf einen Punkt zu konzentrieren. Genosse Bömelburg sagte, im gegebenen Augenblick werde das Volk schon wissen, was es zu tun habe. Genosse Bömelburg hat eine sehr hohe Meinung von der Klarheit des Denkens der Massen. (Lebhafte Zustimmung.) Auch ich unterschlage es gewiß nicht, aber warum sollte man sie nicht noch fordern? Der Organisation könnte der Generalstreik nur gefährlich werden, wenn er als alleiniges Kampfmittel empfohlen würde. Der persönlichen Sicherheit der Arbeiter nur dann, wenn der deutsche Arbeiter so sehr zu Nutzen neigte. Über der Sinn der Gesetzmäßigkeit, der Respekt vor der Pidelhaube liegt ihm tief im Blute. Gerade der schwedische Generalstreik, auf den Bömelburg sich berief, fau in seiner moralischen Wirkung als Demonstration für das Wahlrecht gar nicht hoch genug geschätzt werden. Nur kam Bömelburg auch auf die Idee eines Generalstreiks in Hamburg. Ich wünschte, er hätte die jetzt akute Frage nicht so herabsehend und höhnisch behandelt. Welche Gefühle mich bestellt haben, als ich jenes Attentat gegen das Wahlrecht der Hamburger Arbeiter erfuhr, kann ich nicht schildern. Ich will hier keine Idee bekennen geben; ich will nicht sagen, die Hamburger müßten das und das machen — darüber entscheiden die Hamburger Arbeiter und niemand sonst. Aber wenn die Hamburger Arbeiter nicht zur Versammlungen abhielten; sondern, wenn auch nur eine Woche lang, die Arbeit ruhen ließen und keine Entschädigung von Partei oder Gewerkschaft annahmen, wenn sie durch diese Demonstration zeigten, wie wichtig, wie heilig ihnen ihr Wahlrecht ist, so würde das seine Wirkung nicht verfehlten. Nur um wenige Stimmen handelt es sich. Ich habe ja auch die Überzeugung, daß von diesen Menschen die Scham

über den großen englischen Bergarbeiterstreik im Jahre 1893 wird ebenfalls geschildert, welche bedeutende Rolle die Konsumvereine während dieses Ausstandes gespielt haben. Was dort Wirklichkeit ist, muß hier Möglichkeit werden.

Die Gegner der "modernen" Genossenschaftsbewegung oder richtiger des alten "Nochdauer Prinzips" werden natürlich derartig wahnsinnig genossenschaftliche Gedanken wieder ihren Brocken dienstbar machen und rufen: "Seht Ihr's, da haben wir's! da ist wiederum ein Beweis, daß man die Konsumvereine den Umsturzbefreiungen dienstbar machen will!" Ein derartiger Ausbau der Genossenschaften zur konsequenten Durchführung des genossenschaftlichen Gedankens kann natürlich nur auf Grund der bestehenden Gesetze geschehen, und da sollte doch Gewißheit gezeigt werden, daß die Arbeitgeber aus gutem Herzen getan? Nein, aber sie wollten nicht zum Abo einen solchen "Sieg" gewinnen. Wenn der Bergarbeiterstreik zu nichts weiterem führt, als zu einer starken finanziell gut fundierten Organisation, so ist das allem schon ein ganz gewaltiger Erfolg. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun kommen Leute und sagen: Soht Ihr's, so könnt Ihr nichts erreichen. Ihr müßt eine ganz andere Taktik einschlagen. Wenn die Arbeiter eines Gewerbes nicht siegen können, so sollen andere Arbeiterkategorien die gesamte Produktionlahmlegen, um so auf die Unternehmer, Staats- und Gemeindebehörden und alle Kreise des Publikums einen starken moralischen und materiellen Druck auszuüben. Aber sollten z. B. beim Bergarbeiterstreik die Solidaritätsstreiks vorliegen, so hätten nicht nur alle deutschen Bergarbeiter, sondern auch die belgischen, englischen und österreichischen Bergarbeiter in den Streik treten müssen. Hätte das wohl die Chancen des Ausstands verbessert? — Viele Beispiele für derartig umfassende Sympathiestreiks haben wir nicht. In Spanien soll einmal zur Unterstützung eines Bergarbeiterstreiks die Arbeiter wenigen Tagen gestoppt haben. Derartige "Siege" haben wir in Deutschland auch bei Forderungen unorganisierter gehabt. Aber dann fragt es sich doch, ob bei den viel schärferen Klassengegensätzen in Deutschland durch solche Sympathiestreiks die Kämpfe nicht noch viel schärfer werden würden. In ihrem "Generalstreik" laborieren die Glasarbeiter noch heute und wahrscheinlich noch ein Jahrzehnt; die meist betroffenen Glasarbeiter sind noch heute fast vollkommen der Organisation verloren. Gewiß rufen die Arbeiter im Kampfe, wenn sie nicht anders mehr siegen können, nach allen Seiten um Hilfe. Aber wer ihnen predigt, daß diese Hilfe durch Sympathiestreiks möglich ist,

und von anderen staatlichen und privaten Institutionen ausgeübt wird. Es ist den Konsumvereinen gestattet, ihren Mitgliedern das bei Einführung der Waren zuviel gezahlte Geld als sogenannte Dividende zurückzuzahlen. Wenn nun die Mitglieder in ihren Sitzungen bestimmen, daß diese Dividenden bis zu einem gewissen Betrage angehäuft werden und nur in Rottäfeln und dann auch meist nur in Waren zurückgezahlt werden können, so ist das gesetzlich. Wenn sie nun diese ausgeschöpften Rückvergütungen auch dann erheben, wenn sie sich im Streik befinden oder ausgesperrt sind, so ist das wiederum ihr gutes Recht, und niemand hat ihnen dareinzureden, und niemand wird den Konsumvereinen verbieten können, in solchen Zeiten ihren Mitgliedern die angehäuften Dividenden auszuzahlen, weil dadurch den Streitenden eine tatkräftige Hilfe entstünde und der Verein dadurch die gesetzlichen Schranken verletze, weil er freiliegende Mitgliedern deren eigenes Guthaben auszahlt und diese dadurch in den Stand gesetzt werden, dem Unternehmer tatkräftiger entgegentreten zu können. Wenn man den Konsumvereinen aus diesem Vorgehen einen Strick drehen wollte, dann müßte man dies sämtlichen Genossenschaften tun, denn alle bezwenden nichts anderes, als die Position ihrer Mitglieder dem Ansturm des übermächtigen Kapitals gegenüber zu stärken. Dann müßte man aber auch gegen staatliche und private Sparkassen und Banken vorgehen; auch diese haben die von den Arbeitern hinterlegten Gelder jederzeit auszuzahlen, unbekümmert darum, welchen Zwecken sie dienen sollen. So sehen wir, daß das, was man den Konsumgenossenschaften als umstürzlerisch unterschrieben könnte, von staatlichen und privaten Institutionen schon besorgt wird.

Es liegt aber für die Arbeiter ein wesentlicher Unterschied darin, ob sie die Munition für ihre Kämpfe lediglich durchbare Einnahmen in Sparstellen und Banken anansammlen können, oder ob sich dieser Zweck zum guten Teil auch auf anderem Wege erreichbar lädt. Nur dadurch, daß der Arbeiter von seinem Mund abzusparen sucht, was irgend möglich ist, ist er in der Lage, bare Einnahmen machen zu können, sei es in Form von gewerkschaftlichen Beiträgen oder in Form persönlicher Rücklagen.

Die Konsumvereinsparkassen, im Sinne der angehäuften Rückvergütungen gedacht, haben keine baren Einnahmen. In diesen Sparstellen würden den Arbeitern Kapitalien angehäuft, ohne daß sie in direkter Weise dazu beigesteuert hätten, und nur die eine Bedingung muß notwendigerweise daran gefügt werden, daß durch eine größtmögliche Benutzung den Konsumvereinkläden die Voraussetzung gegeben wird zur Schaffung eines Rottfonds.

Im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung würde es liegen, wenn diese in den Konsumvereinen liegenden Möglichkeiten zur Durchführung gebracht würden. Durch planmäßige Durchführung des diesen Genossenschaften zu Grunde liegenden sozialen Gedankens, würde den Arbeitern eine mächtige Rückenstütze in nicht allzu ferner Zukunft entstehen. Von allen Seiten und allen Schichten, von unterschiedlichen Organisationen und Institutionen ist man den streikenden Bergarbeitern hilfreich beispringen; die Genossenschaften haben mit gebundenen Händen zusehen müssen, lediglich, weil die Arbeiter noch nicht zum Verständnis dessen erwachten, welche Kraft ihnen in den Genossenschaften zur Verfügung steht. Aufgabe der Arbeiter wird es darum sein, den

in seinen Anfängen vorhandenen Gedanken, durch eine teilweise Naturalienunterstützung die Wirkksamkeit des jeweiligen Unterstützungsmodus zu erhöhen, je eher, desto besser, zur Durchführung zu bringen. So weit wie für die nächste Zeit nicht auf genossenschaftlichem Wege in wirklicher Weise gehandelt werden kann, sollten die Gewerkschaften es selbst in die Hand nehmen.

Angesichts der ungeheueren Macht, die das organisierte und konzentrierte Kapital in sich einigt, angesichts der immer deutlicher und offener herausgeholtene kulturrendlichen und gemeinschaftlichen Bestrebungen der Unternehmervverbände kann den Arbeitern nicht oft und eindeutig genug zugesehen werden, ein wachsame Augen auf die kommenden Dinge zu haben. Die Arbeiterschaft muß danach trachten, unter Beobachtung des Klassenpunktes ihre Position in jeder Weise zu stärken, jede Möglichkeit in Betracht zu ziehen, die ihre Machtmittel mehrere können, und vor allen Dingen dem Klassenkampf geschlossen gegenüberstehen. Es genügt nicht, daß der Arbeiter nur auf gewerkschaftlichem Boden für die Hebung seiner Lage eintrete, auf allen Gebieten muß der Hebel in Bewegung gelegt werden. Es kommt ja nicht nur als Prädikant in Frage, sondern er ist auch als Konsum und in erster Linie auch als Staatsbürger davon interessiert, wie sich die Dinge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gestalten. Der Bergarbeiterstreik hat wiederum gezeigt, daß von einer Mildierung des Klassenkampfes nicht die Riede sein kann. Selbst denen, die noch in der Einbildung verfangen sind und von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit träumen, muß es klar werden, daß die Klüft zwischen Kapital und Arbeit nicht zu überbrücken ist, daß sie im Gegenteil immer weiter und tiefer wird. Und wir sehen denn auch, daß die vorbestehende Kraft der in der Arbeiterschaft bestehenden Ideen und Bestrebungen immer weitere Kreise gegenübertreten. Es genügt nicht, daß der Arbeiter nur auf gewerkschaftlichem Boden für die Hebung seiner Lage eintrete, auf allen Gebieten muß der Hebel in Bewegung gelegt werden. Es kommt ja nicht nur als Prädikant in Frage, sondern er ist auch als Konsum und in erster Linie auch als Staatsbürger davon interessiert, wie sich die Dinge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gestalten. Der Bergarbeiterstreik hat wiederum gezeigt, daß von einer Mildierung des Klassenkampfes nicht die Riede sein kann. Selbst denen, die noch in der Einbildung verfangen sind und von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit träumen, muß es klar werden, daß die Klüft zwischen Kapital und Arbeit nicht zu überbrücken ist, daß sie im Gegenteil immer weiter und tiefer wird. Und wir sehen denn auch, daß die vorbestehende Kraft der in der Arbeiterschaft bestehenden Ideen und Bestrebungen immer weitere Kreise gegenübertreten. Es genügt nicht, daß der Arbeiter nur auf gewerkschaftlichem Boden für die Hebung seiner Lage eintrete, auf allen Gebieten muß der Hebel in Bewegung gelegt werden. Es kommt ja nicht nur als Prädikant in Frage, sondern er ist auch als Konsum und in erster Linie auch als Staatsbürger davon interessiert, wie sich die Dinge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gestalten. Der Bergarbeiterstreik hat wiederum gezeigt, daß von einer Mildierung des Klassenkampfes nicht die Riede sein kann. Selbst denen, die noch in der Einbildung verfangen sind und von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit träumen, muß es klar werden, daß die Klüft zwischen Kapital und Arbeit nicht zu überbrücken ist, daß sie im Gegenteil immer weiter und tiefer wird. Und wir sehen denn auch, daß die vorbestehende Kraft der in der Arbeiterschaft bestehenden Ideen und Bestrebungen immer weitere Kreise gegenübertreten. Es genügt nicht, daß der Arbeiter nur auf gewerkschaftlichem Boden für die Hebung seiner Lage eintrete, auf allen Gebieten muß der Hebel in Bewegung gelegt werden. Es kommt ja nicht nur als Prädikant in Frage, sondern er ist auch als Konsum und in erster Linie auch als Staatsbürger davon interessiert, wie sich die Dinge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gestalten. Der Bergarbeiterstreik hat wiederum gezeigt, daß von einer Mildierung des Klassenkampfes nicht die Riede sein kann. Selbst denen, die noch in der Einbildung verfangen sind und von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit träumen, muß es klar werden, daß die Klüft zwischen Kapital und Arbeit nicht zu überbrücken ist, daß sie im Gegenteil immer weiter und tiefer wird. Und wir sehen denn auch, daß die vorbestehende Kraft der in der Arbeiterschaft bestehenden Ideen und Bestrebungen immer weitere Kreise gegenübertreten. Es genügt nicht, daß der Arbeiter nur auf gewerkschaftlichem Boden für die Hebung seiner Lage eintrete, auf allen Gebieten muß der Hebel in Bewegung gelegt werden. Es kommt ja nicht nur als Prädikant in Frage, sondern er ist auch als Konsum und in erster Linie auch als Staatsbürger davon interessiert, wie sich die Dinge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gestalten. Der Bergarbeiterstreik hat wiederum gezeigt, daß von einer Mildierung des Klassenkampfes nicht die Riede sein kann. Selbst denen, die noch in der Einbildung verfangen sind und von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit träumen, muß es klar werden, daß die Klüft zwischen Kapital und Arbeit nicht zu überbrücken ist, daß sie im Gegenteil immer weiter und tiefer wird. Und wir sehen denn auch, daß die vorbestehende Kraft der in der Arbeiterschaft bestehenden Ideen und Bestrebungen immer weitere Kreise gegenübertreten. Es genügt nicht, daß der Arbeiter nur auf gewerkschaftlichem Boden für die Hebung seiner Lage eintrete, auf allen Gebieten muß der Hebel in Bewegung gelegt werden. Es kommt ja nicht nur als Prädikant in Frage, sondern er ist auch als Konsum und in erster Linie auch als Staatsbürger davon interessiert, wie sich die Dinge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gestalten. Der Bergarbeiterstreik hat wiederum gezeigt, daß von einer Mildierung des Klassenkampfes nicht die Riede sein kann. Selbst denen, die noch in der Einbildung verfangen sind und von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit träumen, muß es klar werden, daß die Klüft zwischen Kapital und Arbeit nicht zu überbrücken ist, daß sie im Gegenteil immer weiter und tiefer wird. Und wir sehen denn auch, daß die vorbestehende Kraft der in der Arbeiterschaft bestehenden Ideen und Bestrebungen immer weitere Kreise gegenübertreten. Es genügt nicht, daß der Arbeiter nur auf gewerkschaftlichem Boden für die Hebung seiner Lage eintrete, auf allen Gebieten muß der Hebel in Bewegung gelegt werden. Es kommt ja nicht nur als Prädikant in Frage, sondern er ist auch als Konsum und in erster Linie auch als Staatsbürger davon interessiert, wie sich die Dinge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gestalten. Der Bergarbeiterstreik hat wiederum gezeigt, daß von einer Mildierung des Klassenkampfes nicht die Riede sein kann. Selbst denen, die noch in der Einbildung verfangen sind und von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit träumen, muß es klar werden, daß die Klüft zwischen Kapital und Arbeit nicht zu überbrücken ist, daß sie im Gegenteil immer weiter und tiefer wird. Und wir sehen denn auch, daß die vorbestehende Kraft der in der Arbeiterschaft bestehenden Ideen und Bestrebungen immer weitere Kreise gegenübertreten. Es genügt nicht, daß der Arbeiter nur auf gewerkschaftlichem Boden für die Hebung seiner Lage eintrete, auf allen Gebieten muß der Hebel in Bewegung gelegt werden. Es kommt ja nicht nur als Prädikant in Frage, sondern er ist auch als Konsum und in erster Linie auch als

zu den Kunden geschlossen ist. Aber es könnte doch sein, daß diese gewaltige Demonstration eine Wirkung ausübt. Als zeitweilige Demonstration ist der Generalstreik nicht zu verworfen, vor allem aber darf man nicht seine Propagierung für voreilig erklären. Schaffen Sie kein Massenbeseitigung, die Anhänger des Generalstreiks meinen es genau so ehrlich wie Sie. Vateren und Väteren ist auch noch ein Unterschied. Ohne unsere Väteren hätten wir nicht das Solidaritätsgefühl. Ich würde heute auch den Vater nicht tadeln, der bei Zeiten seinen Sohn schreibt, nicht auf Vater und Mutter zu schließen, der ihn lehrte, daß er nicht nur auf Vater und Mutter schlecht, sondern auf das, was ihm das Heiligste sein muss, die Freiheit und Unabhängigkeit des Volkes. Ich trete gewiß, wie kein zweiter, für die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von der Partei ein. Über über diese Frage darf der Gewerkschaftskongress nicht allein entscheiden, darüber hat auch die Partei ein Wort. Mit der Amsterdamer Resolution steht die hier vorgestellte im schroffen Widerspruch. Über die Amsterdamer Resolution gibt der Partei, was der Partei, der Gewerkschaft, was der Gewerkschaft ist. Schließen Sie sich dieser Resolution an und Sie nehmen nicht der Arbeiterschaft eine Waffe, die sie gebrauchen kann, um ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte aufrecht zu erhalten. (Lebhafte, oft wiederholter Beifall.)

Bömelburg vertritt in seinem Schlussswort nochmals mit aller Entschiedenheit den gegenständigen Standpunkt der Generalstreikbefürworter und empfiehlt die einstimmige Annahme einer Resolution im Sinne seiner Ausführungen. Über die nachstehende Resolution Bömelburg wird abgestimmt und der erste, zweite und vierte Abstimmung einstimmig, der dritte gegen sieben Stimmen angenommen; darauf die Gesamtreolution mit 180 gegen 80 Stimmen. Sie lautet:

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erachtet es als eine unabdingbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Gesetze, auf denen ihre Existenz beruht, und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften zu fördern und alle Versuche, die bestehenden Vollrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.

Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art hat sich genau wie jede andere nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten. Der Kongress hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festzulegen zu wollen, für voreilig; er empfiehlt den organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten.

Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Deutzen ohne jegliche Erfahrung aus dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für undiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abzuhalten zu lassen."

Es folgt der Punkt

Maisfeier.

Robert Schmidt-Berlin: In den 15 Jahren des Bestehens der Maisfeier hat sich der Gewerkschaftskongress noch nicht mit ihr beschäftigt, sondern ihre Regelung den internationalen Kongressen und Parteitagen überlassen. Jetzt aber hatte die Generalkommission in Verbindung mit den Zentralvorständen die Gewerkschaftsdelegierten in Amsterdam beauftragt, dort die Verlegung der Maisfeier auf den Abend des 1. Mai zu beantragen. Wir sind mit 36 gegen 20 Stimmen abgewiesen worden, aber zugleich ist eine Verschärfung der Maisfeierresolution mit überwogender Mehrheit verworfen worden. — Was veranlaßte nun die Generalkommission zu ihrem Vorgehen? Weder die nüchternen Engländer noch die euphorischen Franzosen haben bisher ihre internationales Verpflichtungen sehr ernst genommen. Ich kann deshalb die internationale Höflichkeit nicht so ganz außer Acht lassen, wie Kautsky, der schreibt, daß die englischen Gewerkschaftsführer durch ihre Faulheit, Aunmagaz und Beschränktheit völlig untauglich zur Pflege internationaler Beziehungen sind; aber sie sollten wenigstens nicht anderen Verpflichtungen auferlegen. Ein Hauptwert der Maisfeier sollte die Einheitlichkeit in allen Ländern sein. So heißt es im Fraktionsaufruf von 1890, so sagte Bebel, als ihn auf dem Parteitag von 1892 Viktor Adler drängte, die Arbeitsruhe möglichst streng durchzuführen. (Hueber-Oesterreich: Tut es heute noch?) Ist nun die Einheitlichkeit auch nur in Deutschland halbwegs erreicht? Die Holzarbeiter und Bauarbeiter in Berlin seien recht impotent, aber dürfen wir nach solchen Ausnahmen urteilen? In weiteren Gebieten, im ganzen Industriegebiete Rheinland und Westfalen, ist von Maisfeier ruh kaum die Rede. So schafft die Maisfeier Unterschiede zwischen den Arbeitern, setzt die einen herab, wirkt Gneitern auf die Arbeitsstellen und legt schließlich den organisierten Arbeitern, die schon immer alle Opfer tragen müssen, auch diese neuen auf. In ungünstigen Zeiten wird das Unternehmertum auch nicht so ruhig die Arbeitsruhe hinnehmen wie jetzt. Sie können sich dann jederzeit ein Kampffeld aussuchen, auf dem wir ihnen nicht ausweichen können. Wir gehen die Konflikte nicht aus dem Wege, wir haben die Summe der dafür ausgegebenen Gelde nicht gesteigert. Aber wir wollen uns nicht in Konflikte hineintreiben lassen. Wir müssen uns wohl überlegen, wie wir mit dem Arbeitertel allen Arbeitern den größtmöglichen Nutzen schaffen, und dürfen uns nicht von schwankenden Gefühlen und Empfindungen leiten lassen, sondern von rein praktischen Zweckmäßigkeitsgründen. — Nun sagt man, die Verlegung der Maisfeier auf den Abend sei eine Lieblingsidee der Gewerkschaftsbeamten. Ich kann es nicht billigen, daß man so Stimmung macht gegen Leute, die ein großes Maß von Verantwortung tragen. Es ist gar leicht, den Mitgliedern zum Mund zu reden. Wenn das Geld zu Ende ist, dann ist es eben zu Ende. (Heiterkeit.) Sorgen wir denn für uns? Gehört uns denn der „Geldsack“, um den wir sorgen? Derartig demagogische Kunststücke sollten sich die Freunde der Gewerkschaftsbewegung und der Partei nicht erlauben. (Lebhafte Zustimmung.) Es hat auf mich einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht, daß in Dresden einer unserer besten Freunde von den gehobenen Kreisen sprach. (Lebhafte Zustimmung. Bewegung.) Er weiß, wie schwer es ist, Gewerkschaftsbeamter zu sein und sollte nicht einen Gegensatz zwischen den Arbeitern und ihren Beamten schaffen, denn die gehören zusammen. Wir müssen Kraft unserer Stellung den Mitgliedern sagen, was wir für nützlich und erforderlich halten. Man spricht in gewissen Kreisen davon einem Komplott gegen die Maisfeier. Wer schon lange Jahre hindurch ist die Maisfeier am Abend gefeiert worden, 1892 beschloß so der Berliner Parteitag auf Antrag Böllmer, 1895 beklagte sich Schönlanck, daß die Schneider in Leipzig ordnungswidrig schon am Vormittag gefeiert hätten (Heiterkeit) — und noch 1897 trat Stolten für die Abendfeier ein. Nun soll ja die Maisfeier am Tage nur begangen werden, wo sie ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist. Läßt sich das immer voranschicken? Jedenfalls haben die Verbände in immer wachsendem Maße und einzelne durch die Arbeitsruhe schweren wirtschaftlichen Schaden gelitten. Wir wollen den idealen Grundgedanken der Maisfeier nicht aufgeben, wie wollte sie wirksam und einheitlich gestalten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich freue mich, daß in der Gewerkschaftsbewegung die Debatte über den 1. Mai ruhig und sachlich geführt worden ist. Mögen wir auch heute ruhig und sachlich prüfen, was der deutschen Arbeiterklasse zum Vorteil gereicht. (Bravo!)

Neben empfiehlt die Annahme einer Resolution, die in ihrem ersten Teile ausdrückt, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht durchführbar ist, jedoch stellt sich der Kongress auf den Standpunkt der Amsterdamer Resolution, und soll dahin gewählt werden, daß auf dem nächsten internationalen Kongress eine Änderung in der Maisfeier geschaffen werde.

Glocke-Berlin (Holzarbeiter) schlägt folgende Resolution vor:

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress schließt sich den Beschlüssen des internationalen Kongresses in Amsterdam und des deutschen Parteitages in Bremen in Bezug auf die Maisfeier an und empfiehlt den Gewerkschaften, mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen."

Zur Begründung derselben führt er aus: In den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder regte niemand eine Änderung der Maisfeier an, die Kosten würden nicht übermäßig; die Maisfeier trug ungeheuer viel zur Stärkung der Gewerkschaften bei. Da hätte ich wohl verstanden, wenn darüber beraten worden wäre, wie man die Maisfeier demonstrativer und umfangreicher gestalten kann, aber nicht, wie man sie abschwächen soll. Wie ein Blitz stürzte damals 1889 in Paris der Maisfeier. Damals drängten gerade die Gewerkschaftsführer vorwärts, seitdem haben sie den Idealismus verloren: Sie wollen, daß die Maisfeier verschwindet und machen deshalb die Maisfeier verschwinden. (Sehr gut!) Es kommt gerade darauf an, die idealen Forderungen, für die wir am 1. Mai demonstrieren, auch der Bourgeoisie vor Augen zu führen. Wenn die Buchdrucker am 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern wollten, so geschiehe das ganz vorsichtig. Aber auch so ist die Arbeitsruhe demonstrativ durch Unzulänglichkeit besonders in den kleinen Städten wünschbar, agitatorisch durch die Versprechungen in den Werkstätten selbst. Wir sollten den Idealismus unserer Arbeiter nicht schwächen, sondern stärken, und darum sollten wir eintreten für die Pflege und Ausbreitung einer wirkungsvollen Maisfeierdemonstration. (Bravo!)

Immer-München: Nun soll plötzlich grundlos auch in der Frage der Maisfeier gebremst werden. Wo sind denn die großen Opfer, die die Gewerkschaften tragen müssen? Die Höhezahl der bezwungenen in einem Jahre Gemahrgesetzen beträgt nach dem Bericht der Generalkommission höchstens ein Tausend. Wenn die Resolution Schmidt die hohe Bedeutung der Maisfeier anerkennt, so sollte sie den deutschen Arbeitern auch die Energie zutrauen, den einen Tag zu feiern. In unserem bekannten Capua (Burk: Ach! Ihr wollt Euch ja bloß rehabilitieren!) stellen die Metallarbeiter unter den Feiernden das größte Kontingent. (Ammer-München: Weils der Massai Euch erlaubt hat.) — (Große Heiterkeit!) Bissher hat die Gewerkschaftsbewegung in der Maisfeierfrage vorwärts getrieben, während die Partei gebremst hat. (Lachen.) Warum jetzt umgekehrt? Die Arbeitsruhe hat sich immer mehr eingebürgert. (Lachen. Burk: Wo denn?) Überall! (Lachen.) Würde der Gewerkschaftskongress nicht den Fehler nachmachen, den 1890 die Fraktion gemacht hat: durch ungeschickte Nachnahme die Maisfeier zerstören? (Lebhafte Beifall. — Aha-Rufe.)

Bringmann-Hamburg (Zimmerer): Soll die Maisfeier Selbstzweck sein, so mag sie der Teufel holen. (Heiterkeit.) Mögen Glocke und Schmidt ihre Resolutionen doch auf dem Parteitag einbringen. Denn bis zum heutigen Tage haben die Parteifunktionäre nichts für die Arbeitsruhe am 1. Mai getan. Denn nur eine Parteifunktionär kann der 1. Mai sein. Daß er für die Gewerkschaften keinerlei agitatorische Wirkung hat, das hat Bömelburg auf dem Bremer Parteitag zwingend nachgewiesen. (Widerspruch.) So legt mir doch den Gewerkschaftler auf den Tisch des Hauses, der durch die Maisfeier gewonnen ist. (Zimm verlädt einen Delegierten zum Tisch des Hauses zu schleppen. — Stürmische Heiterkeit.) Im Gewerkschaftsverein ist die Maisfeier ein Fremdkörper: die ganze Feier nutzt ihr nichts und die Arbeitsruhe schädigt sie außerordentlich. An jedem 1. Mai können die Unternehmer den feiernden Arbeitern einen Konzepttarif gegenüberstellen. Und dann werden wir sicherlich eine Niederlage erleiden wie 1890. (Hu! hu!) Wir haben bisher gesiegt, indem wir mit möglichst schmalen Kampffront kämpften. Wollen wir uns der Gefahr aussetzen, uns nach jedem 1. Mai den Kampf auf der ganzen Front aufzutragen zu lassen? (Sehr gut!) Die Arbeitsruhe am 1. Mai durchkreuzt eine vernünftige Gewerkschaftstatistik. (Vereinzelter Beifall.)

Diehl-Frankfurt a. M. (Dachdecker): Wenn die Maisfeier noch nicht eingeführt wäre, würde auch er sie ablehnen, da die Arbeitsruhe undurchführbar ist, aber so empfiehlt er die Resolution Glocke. Die Maisfeier habe den Organisationsgedanken bis in die weitesten Kreise verbreitet, auch bis zu den Frauen und Kindern getragen. Das könne eine Abendversammlung unmöglich. Wenn die Maisfeieridee noch nicht genügend verbreitet sei, so trifge daran auch die mangelnde Tätigkeit der Gewerkschaftsführer Schuld.

Paul Hoffmann-Hamburg (Seemann): Bringmann kann ich versichern, daß wir Parteifunktionäre in Hamburg stets pflichtgemäß eifrig für die Maisfeier gewirkt haben. Auch Stolten hat sich jetzt zu unserer Ansicht bekehrt. In diesem Jahre war die Maisfeier in den ländlichen Wahlkreisen bei Hamburg viel besser besucht als früher — mein Nachfolger in der Rednerliste, der Kandidat des Kreises, ist allerdings anderer Meinung. (Stürmische Heiterkeit.) Gerade jetzt ist der ungeeignete Zeitpunkt, die Maisfeier zu revidieren; danach würde das Schafmäheramt noch übermütiger werden. Über die Gewerkschaften weichen harmonisch den Konflikten aus. (Lachen.) Unnütz zähnen sie schon vom ersten Tage an Streitunterstützung und gewöhnen dadurch die Arbeiter, alle Handlungen nach dem Geldsack einzurichten. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maisfeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgelüsten der Reaktionäre Rednung tragen.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongress mit der Frage der Maisfeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schmähungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgestossen wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischer's treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Centralverbände der Schmidtischen Resolution zugestimmt. Wir könnten auf diese Angriffe mit der Frage nach der Zusammenziehung und Abstimmungsweise des internationalen Kongresses antworten; aber jedenfalls müssen wir mit der Partei, die auch die Arbeitsruhe nicht durchsetzen kann, und dem nächsten internationalen Kongress ein deutliches Wort reden. Nicht um die Abschaffung der Maisfeier handelt es sich, sondern um ihre Form und die Möglichkeit ihrer Vereinfachung. Ich begreife ja, daß der Vertreter Frankfurts sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai begeistert, denn die Maisfeier ist diesmal in Frankfurt am 21. Mai begangen worden. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem der Kongress sich so entschieden gegen den Generalstreik erklärt hat, muß er sich auch gegen den einzigartigen Generalstreik, die Arbeitsruhe am 1. Mai, aussprechen. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maisfeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgelüsten der Reaktionäre Rednung tragen.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongress mit der Frage der Maisfeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schmähungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgestossen wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischer's treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Centralverbände der Schmidtischen Resolution zugestimmt. Wir könnten auf diese Angriffe mit der Frage nach der Zusammenziehung und Abstimmungsweise des internationalen Kongresses antworten; aber jedenfalls müssen wir mit der Partei, die auch die Arbeitsruhe nicht durchsetzen kann, und dem nächsten internationalen Kongress ein deutliches Wort reden. Nicht um die Abschaffung der Maisfeier handelt es sich, sondern um ihre Form und die Möglichkeit ihrer Vereinfachung. Ich begreife ja, daß der Vertreter Frankfurts sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai begeistert, denn die Maisfeier ist diesmal in Frankfurt am 21. Mai begangen worden. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem der Kongress sich so entschieden gegen den Generalstreik erklärt hat, muß er sich auch gegen den einzigartigen Generalstreik, die Arbeitsruhe am 1. Mai, aussprechen. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maisfeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgelüsten der Reaktionäre Rednung tragen.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongress mit der Frage der Maisfeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schmähungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgestossen wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischer's treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Centralverbände der Schmidtischen Resolution zugestimmt. Wir könnten auf diese Angriffe mit der Frage nach der Zusammenziehung und Abstimmungsweise des internationalen Kongresses antworten; aber jedenfalls müssen wir mit der Partei, die auch die Arbeitsruhe nicht durchsetzen kann, und dem nächsten internationalen Kongress ein deutliches Wort reden. Nicht um die Abschaffung der Maisfeier handelt es sich, sondern um ihre Form und die Möglichkeit ihrer Vereinfachung. Ich begreife ja, daß der Vertreter Frankfurts sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai begeistert, denn die Maisfeier ist diesmal in Frankfurt am 21. Mai begangen worden. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem der Kongress sich so entschieden gegen den Generalstreik erklärt hat, muß er sich auch gegen den einzigartigen Generalstreik, die Arbeitsruhe am 1. Mai, aussprechen. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maisfeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgelüsten der Reaktionäre Rednung tragen.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongress mit der Frage der Maisfeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schmähungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgestossen wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischer's treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Centralverbände der Schmidtischen Resolution zugestimmt. Wir könnten auf diese Angriffe mit der Frage nach der Zusammenziehung und Abstimmungsweise des internationalen Kongresses antworten; aber jedenfalls müssen wir mit der Partei, die auch die Arbeitsruhe nicht durchsetzen kann, und dem nächsten internationalen Kongress ein deutliches Wort reden. Nicht um die Abschaffung der Maisfeier handelt es sich, sondern um ihre Form und die Möglichkeit ihrer Vereinfachung. Ich begreife ja, daß der Vertreter Frankfurts sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai begeistert, denn die Maisfeier ist diesmal in Frankfurt am 21. Mai begangen worden. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem der Kongress sich so entschieden gegen den Generalstreik erklärt hat, muß er sich auch gegen den einzigartigen Generalstreik, die Arbeitsruhe am 1. Mai, aussprechen. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maisfeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgelüsten der Reaktionäre Rednung tragen.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongress mit der Frage der Maisfeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schmähungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgestossen wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischer's treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Centralverbände der Schmidtischen Resolution zugestimmt. Wir könnten auf diese Angriffe mit der Frage nach der Zusammenziehung und Abstimmungsweise des internationalen Kongresses antworten; aber jedenfalls müssen wir mit der Partei, die auch die Arbeitsruhe nicht durchsetzen kann, und dem nächsten internationalen Kongress ein deutliches Wort reden. Nicht um die Abschaffung der Maisfeier handelt es sich, sondern um ihre Form und die Möglichkeit ihrer Vereinfachung. Ich begreife ja, daß der Vertreter Frankfurts sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai begeistert, denn die Maisfeier ist diesmal in Frankfurt am 21. Mai begangen worden. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem der Kongress sich so entschieden gegen den Generalstreik erklärt hat, muß er sich auch gegen den einzigartigen Generalstreik, die Arbeitsruhe am 1. Mai, aussprechen. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maisfeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgelüsten der Reaktionäre Rednung tragen.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongress mit der Frage der Maisfeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schmähungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgestossen wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischer's treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Centralverbände der Schmidtischen Resolution zugestimmt. Wir könnten auf diese Angriffe mit der Frage nach der Zusammenziehung und Abstimmungsweise des internationalen Kongresses antworten; aber jedenfalls müssen wir mit der Partei, die auch die Arbeitsruhe nicht durchsetzen kann, und dem nächsten internationalen Kongress ein deutliches Wort reden. Nicht um die Abschaffung der Maisfeier handelt es sich, sondern um ihre Form und die Möglichkeit ihrer Vereinfachung. Ich begreife ja, daß der Vertreter Frankfurts sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai begeistert, denn die Maisfeier ist diesmal in Frankfurt am 21. Mai begangen worden. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem der Kongress sich so entschieden gegen den Generalstreik erklärt hat, muß er sich auch gegen den einzigartigen Generalstreik, die Arbeitsruhe am 1. Mai, aussprechen. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maisfeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgelüsten der Reaktionäre Rednung tragen.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongress mit der Frage der Maisfeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schmähungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgestossen wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischer's treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Centralverbände der Schmidtischen Resolution zugestimmt. Wir könnten auf diese Angriffe mit der Frage nach der Zusammenziehung und Abstimmungsweise des internationalen Kongresses antworten; aber jedenfalls müssen wir mit der Partei, die auch die Arbeitsruhe nicht durchsetzen kann, und dem nächsten internationalen Kongress ein deutliches Wort reden. Nicht um die Abschaffung der Maisfeier handelt es sich, sondern um ihre Form und die Möglichkeit ihrer Vereinfachung. Ich begreife ja, daß der Vertreter Frankfurts sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai begeistert, denn die Maisfeier ist diesmal in Frankfurt am 21. Mai begangen worden. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem der Kongress sich so entschieden gegen den Generalstreik erklärt hat, muß er sich auch gegen den einzigartigen Generalstreik, die Arbeitsruhe am 1. Mai, aussprechen. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maisfeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgelüsten der Reaktionäre Rednung tragen.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongress mit der Frage der Maisfeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schmähungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgestossen wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischer's treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Centralverbände der Schmidtischen Resolution zugestimmt. Wir könnten auf diese Angriffe mit der Frage nach der Zusammenziehung und Abstimmungsweise des internationalen Kongresses antworten; aber jedenfalls müssen wir mit der Partei, die auch die Arbeitsruhe nicht durchsetzen kann, und dem nächsten internationalen Kongress ein deutliches Wort reden. Nicht um die Abschaffung der Maisfeier handelt es sich, sondern um ihre Form und die Möglichkeit ihrer Vereinfachung. Ich begreife ja, daß der Vertreter Frankfurts sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai begeistert, denn die Maisfeier ist diesmal in Frankfurt am 21. Mai begangen worden. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem der Kongress sich so entschieden gegen den Generalstreik erklärt hat, muß er sich auch gegen den einzigartigen Generalstreik, die Arbeitsruhe am 1. Mai, aussprechen. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maisfeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgelüsten der Reaktionäre Rednung tragen.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongress mit der Frage der Maisfeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schmähungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgestossen wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischer's treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle

wägen, ob die internationalen Kongresse die richtige Stelle zu Beschlüssen sind, die so tief in das nationale Wirtschaftsleben eingreifen. Die Verantwörter des Beschlusses waren sich seiner Dringlichkeit wohl nicht bewusst.

Schmidt-Berlin teilt in seinem Schlusswort mit, daß man sich dahin verständigt habe, daß alle drei Resolutionen zurückzuziehen seien und man es mit der Ausprache bewenden lassen wolle. (Bewegung.) Wir hoffen, daß der nächste internationale Kongress Mittel und Wege finden wird, elne die Gewerkschaften befriedigende Regelung der Frage herbeizuführen. Lustvollen wollen wir Alles unterlassen, was der in der bürgerlichen Presse wiederholt auftauchenden Ansicht von Gegensätzen zwischen Partei und Gewerkschaft ein Recht geben könnte. Niemand von uns ist bestrebt, einen Gegenfall hervorzu rufen, der tatsächlich nicht besteht. (Sehr wahr!) Meinungsverschiedenheiten bestehen überall, auch innerhalb der Partei. Bock ist seit 15 Jahren stehen geblieben. Damals waren natürlich die Gewerkschaften nur eine Hilfsgruppe der Partei. Seitdem haben sie gezeigt, was sie können. Mit der großen Macht haben sie ganz natürlich auch die Freiheit der Entscheidung bekommen. Diese Entwicklung sollte man auch auf der anderen Seite berücksichtigen und als ehrlicher Politiker den Gewerkschaften entgegenkommen. Man sollte es möglichst vermeiden, Arbeitsschlüsse zu schaffen, damit sich die beiden Teile der Arbeiterbewegung nicht in gegenseitigem Kampf erschöpfen. Gerade um jeden Gedanken an einen Konflikt von vornherein abzuschneiden, bitte ich Sie von einer Beschlussfassung abzusehen. (Bravo!)

Böhmelsburg. Weitere Anträge liegen nicht vor und so bleibt nach meiner Auffassung damit der Beschuß des Amsterdamer Kongresses für uns maßgeblich, so daß wir die Maßnahmen genau so, wie bisher, begehen, und die Gewerkschaften für verpflichtet halten, im Rahmen des Beschlusses dafür zu sorgen, daß die Arbeitsruhe nicht weniger, sondern mehr als bisher durchgeföhrt wird. (Bravo!) Ich glaube aber, daß gleichzeitig zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die in Betracht kommenden beiden Gewerkschaften sich noch vor dem nächsten internationalen Kongress nicht, erst auf ihm, über eine bestimmte Stellung zur Malteserfrage einigen sollen. Es hat der Gewerkschaftskongress ferner den Wunsch ausgedrückt, daß auf dem nächsten internationalen Kongress diese Frage nicht so nebenbei behandelt werden soll, sondern einer eingehenden Besprechung zu unterziehen ist. Das wird wohl leicht möglich sein, da die langen Debatten über Taktik usw. nicht mehr notwendig sein dürften. (Widerspruch gegen meine Feststellungen ist nicht erhoben worden; der Kongress hat dennoch so beschlossen. (Bestimmung.)

Die Klußfahnerkommission legt die hinzwischen fertiggestellte Resolution über Streikunterstützung vor. Dieselbe lautet:

1. In Bezug auf die Streikunterstützung ist mit großer Einschließlichkeit an dem Grundsatz festzuhalten, daß, wie die Führung der Streiks, so auch die Beschaffung der Mittel zu ihrer Unterstützung ausgabe jeder einzelnen Gewerkschaft selbst und die allein richtige Beschaffung der Mittel die Erhebung ausschließlich hoher Mitgliederbeiträge ist.

2. Der Kongress macht es deshalb allen Gewerkschaften zur Pflicht, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre regelmäßigen Beiträge so einzusegen, daß sie ihnen auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbständigkeit sichern, wie auch bei der Beschlussfassung über Arbeitsentstellungen sich immer im Rahmen der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit zu halten.

3. Als somit die Aufrüstung von Mitteln zur Streikunterstützung durch allgemeine Sammlungen in gewöhnlichen Fällen zu verwerfen, so kann trotzdem auch in Zukunft bei unerwartet großen Streiks oder Ausperrungen ausnahmsweise die finanzielle Hilfe der gesamten organisierten Arbeiter zur erfolgreichen Durchführung solcher außerordentlichen Räume im allgemeinen Interesse notwendig werden.

4. In solchen außerordentlichen Fällen soll deshalb die Generalkommission ermächtigt sein, auf Antrag der betreffenden Gewerkschaft unter Zustimmung der übrigen Centralvorstände die Beschaffung finanzieller Mittel eventuell durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen.

5. Die Gewerkschaftsverbände sind nicht berechtigt, selbständig solche Sammlungen vorzunehmen, sondern erst dann, wenn durch die Generalkommission ein diesbezüglicher Aufruf erfolgt ist. Besondere Beiträge für die angehassenen Gewerkschaften zu diesem Zweck zu beschließen, ist den Parteien gleichfalls nicht gestattet.

7. Die Kontrolle der Generalkommission über die richtige Verwendung der Erträgnisse und etwaiger Überschüsse einer Sammlung steht der Konferenz der Centralvorstände zu."

Hierauf folgen noch längere Auseinandersetzungen über Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerkschaften. Die hierzu vorgelegten Resolutionen werden zur點kgezogen, nachdem ein Beschuß des Stuttgarter Kongresses aufgehoben ist. Die Centralvorstände werden ermächtigt, in Verbindung mit der Generalkommission und dem Gewerkschaftsausschuß die Grenzstreitigkeiten zu schlichten. Ein Antrag Blum, die Generalkommission möge der Frage der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse näher treten; sie erhält das Recht, die für Lehrkräfte und Unterrichtsfächer nötigen Kosten herzugeben, wird gegen eine Stimme angenommen. Einstimming angenommen werden ein Antrag Bock-Gotha, der die Mithilfe der Generalkommission für die Agitation auf Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes in Anspruch nimmt, ferner ein Antrag Timm-Münch, der die Generalkommission beauftragt, im Sinne der Beschlüsse des Heimarbeiterschutzkongresses zu wirken. Eine Resolution, die die Generalkommission ermächtigt, die notwendigen Schritte zu tun zur Verschmelzung der Wäsche- und Kravattenarbeiter mit dem Schneiderverband findet nach entgegenkommenden Erklärungen der beiden Verbandsvertreter mit großer Mehrheit Annahme.

Darauf erfolgt die Wahl der Generalkommission. Gewählt sind: Legien (Holzarbeiter) mit 182, Sassenbach (Sattler) mit 176, Kule (Zimmerer) mit 179, Silberschmidt (Maurer) mit 180, Sabath (Schneider) mit 150, Höhlin (Buchdrucker) mit 140, Knoll (Steinzeiger) mit 135, Robert Schmidt (Holzarbeiter) mit 119, Cohen (Metallarbeiter) und Schumann (Transportarbeiter) mit je 116 und Drunsel (Töpfer) mit 101 Stimmen. Außerdem haben erhalten: Pötsch (Gastwirtshilfe) 74, Hübsch (Textilarbeiter) 71, Brückner (Grauer) 65, Brunner (Eisenbahner) 52, Sillier (Lithograph) 36, Frau Paula Thiede 40, Brühs 29, Pötsch (Gemeindearbeiter) 26 und Que, Böhmelsburg und Rehgässer je 1 Stimme. (Große Heiterkeit.)

Angenommen wird noch ein Antrag des Gärtnervereins auf Regelung des Gärtnerrechtes und einer der Friseurgehilfen, wonach die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Organisation der Bäcker- und Friseurgehilfen unterstützen sollen. Abgelehnt wird mit Rücksicht auf die vorgeschrittenen Zeiten der Antrag der Bildhauer auf Bekämpfung des Alkoholismus. (Heiterkeit.) Auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses werden gesetzt:

1. Der Boykott als gewerkschaftliche Waffe. 2. Die Frage der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. Die Hamburger Delegierten bitten, den nächsten Kongress in Hamburg abzuhalten. (Beifall.) Böhmelsburg stellt das Urteil im Prozeß Hilger-Krämer mit.

Wir stehen am Ende unserer Arbeiten. Wir hatten zwei Fragen zu erörtern, bei denen die Gefahr nahe lag, daß wir in einen Gegenfach zur Partei gerieten. Aber wenn auch sachliche Meinungsverschiedenheiten vorkommen können, Partei und Gewerkschaft sind doch eins. (Lebhafte Beifall.) Wenn wir aneinandergehen mit dem festen Befall, in drei Jahren die 2 Millionen Mitglieder erreicht zu haben, können wir getrost in die Zukunft sehen. Die Einigkeit muß unsere Parole sein. Hoch die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung! (Sturmischer Beifall.)

Soziale Rechtsprechung und Arbeiterversicherung.

Eine eigenartige Verhandlung spielte sich vor der Berufungsstrafkammer in Hannover ab gegen den früheren Bergmann Deutscher aus Lichwegen und das Vorstandmitglied Husemann vom Bergarbeiter-Verband aus Bochum. Beide hatten ein polizeiliches Strafmandat erhalten, ersterer über 15 Mt., letzterer über 20 Mt., wegen Überstellung des Betriebs, bzw. Versammlungsrechts, weil sie zwei, auf Husemanns Anweisung von Deutscher einberufenen Versammlungen in Lichwegen am 29. Oktober und 7. November 1904, in der "öffentlichen Angelegenheiten" verhandelt sein sollen, nicht angemeldet hatten. In beiden Versammlungen war Husemann anwesend und nach der Anzeige des Gendarmerieleiters aus Obernkirchen, der überhaupt das ganze Verdienst an der Entstaltung des Verbrechens der beiden Initiatoren hat, soll Deutscher in einer Versammlung sogar den Vorstoss gehabt haben. Auf Einspruch der beiden mit dem Strafmandat befreiten, hatte das Schöffengericht in Obernkirchen die Strafen bestätigt, wogegen die Angeklagten Berufung eingelegt hatten, so daß nunmehr die Strafkammer mit der "gehobenen" Aussicht sich zu beschäftigen hatte.

In der ersten Versammlung hatte es sich lediglich um eine zwanglose Versprechung einer Anzahl Mitglieder der Zahlstelle Lichwegen des Bergarbeiter-Verbandes über die bevorstehende Wahl eines Knappelsätesten gehandelt. Der Angeklagte Deutscher hat aber im Gegensaß zu der Behauptung des Gendarmerieleiters weder den Vorstoss in einer Versammlung gehabt, noch überhaupt gerebet. Überhaupt handelte es sich gar nicht um eine regelrechte Versammlung, sondern die gesammelten Leute sprachen ganz unangestellt miteinander über die Angelegenheit. Der Gendarmerieleiter weiß die Geschichten auch nur von sehr großzügigen Höbenlagen, und wie mangelfhaft seine Informationen zum Teil waren, zeigte sich d. B. bei dem von ihm als Zeugen angegebenen Bergmann Abdermeier, von dem sich aber in der Verhandlung herausstellte, daß er überhaupt in keiner der beiden "Versammlungen", die übrigens beide in Privathäusern stattfanden, gewesen ist und deshalb gar nichts davon weiß.

In der zweiten Versammlung, die in der Stube des Angeklagten Deutscher stattfand, handelte es sich um die Wahl eines Vertrauensmannes des Bergarbeiterverbandes für Lichwegen. Interessant war, daß hier der Präsident fragte, warum die Versammlungen denn in einem Privathause und nicht in einer Gastwirtschaft abgehalten seien. Der Gendarmerieleiter meinte nämlich unzufrieden, daß die Wahlen keine "politische" (l.) Versammlungen, woran der Präsident verwundert meinte: "Warum denn nicht? da ist doch nichts bei." Später sagte er noch einmal erstaunt: "Ich verstehe wirklich nicht, warum die Worte dazu ihren Saal nicht hergeben wollen", woran der Gendarmerieleiter sagte, die Worte wollten (?) das deshalb nicht, weil der Bergarbeiterverband sozialdemokatisch (?) wäre. Diese ehrliche Kritik eines Landgerichtsdirektors an der Staatsverwaltung in vielen Orten gegenüber irgendwie mißliebigen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ist jedenfalls eine bemerkenswerte Ausnahmeverecheinung bei preußischen Richtern. Es zeigt offenbar nicht, daß die Worte ihre Volksfamilie meist mit gezwungenenmaßen verweigern aus Furcht vor Schikanierungen; und der Gendarmerieleiter, der das ganz gut weiß, hütete sich wohlweislich, es ihm zu verraten.

Aufschluß war in der heutigen Verhandlung, wie wenig Kenntnis Staatsanwalt und Gerichtshof in Bezug auf die gewerkschaftliche Organisation und ihre öffentliche Stellung zu bestehen schien, und wie sich demgegenüber der Generaldirektor bewußt, den Bergarbeiter-Verband vom Standpunkt eines "Ordnungsmannes" à la Stölzer und Konsorten zu verbündigen, ohne selbst hinreichend in das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation eingebunden zu sein, sodoch seine Darstellung sich zu einer äußerst schiefen und verzerrten gestaltete. Daß es sich beim Knappelsätesten in einer gesetzliche, staatliche Einrichtung des öffentlichen Rechts handelt und unter diesem Gesichtspunkte auch die Wahl eines Knappelsätesten zu betrachten ist, mußte erst der Verteidiger in längeren Ausführungen klarlegen. In Bezug auf den Bergarbeiter-Verband fragte der Präsident, ob das ein "politischer" Verein sei und welche Ziele er verfolge, während ein Weisheit sich sogar danach erkundigte, ob der Verband die Rechte einer juristischen Person besitze.

Nach der Schlußberufung des Gendarmerieleiter, der sich rechtlich bemüßt, den Bergarbeiter-Verband in den Augen der Richter als staatsgefährlich, zu diskreditieren, will der Verband „so zu sagen“ die Lage der Bergarbeiter verbessern; beim Streik habe er „die Leitung in der Hand gehabt“. Gleich nach den Versammlungen in Lichwegen seien bei der Bergarbeiter-Verhandlung auf Lichwegen gestellt; ob in seinen Versammlungen über den Streik gesprochen sei, wisse er allerdings nicht. Tatsächlich ist das unwahr, wie in der Verhandlung einwandfrei festgestellt wurde. Bei den Knappelsätestenwahlen mischte sich der Verband ein, um dabei seine Leute wählen zu lassen, mit denen sich die Herren Direktoren nachher herumhegen müssen". In den Verhandlungen würden "die meisten Bergleute mit Gewalt hineingebrängt". Angesichts einer derartigen Schilderung über Wegen und Tendenzen des Bergarbeiter-Verbandes drängt sich die Frage auf, ob es nicht angebracht ist, für solche Fälle stets für geeignete Sachverständige zu sorgen, als lediglich einen dazu durchaus unqualifizierten Gendarmerie zu hören, dessen einzigst gefährliche Darstellung unter Umständen einen verderblichen Einfluss auf die richterliche Auffassung und das Urteil ausüben kann.

Im vorliegenden Falle folgten glücklicherweise sowohl Staatsanwalt wie Gerichtshof nicht der Darstellung des Gendarmerieleiter, wenn erster auch die Unrechtmäßigkeit der Strafmandate wolle, weil, ganz abgesehen von der Tendenz, es sich bei den Wahlen, die in den Versammlungen besprochen bzw. vollzogen wurden, um Angelegenheiten, die nicht die Ortsgruppe allein, sondern die ganze Organisation betraten, also nicht um interne, sondern öffentliche Angelegenheiten gehandelt habe; das beweist auch die Unwissenheit Husemanns in seinen Versammlungen, der doch eine öffentliche politische Rolle spielt.

Der Verteidiger bestritt die politische Tendenz Seitens der Person des Gendarmerieleiter und seiner Teilnahme an jenen Versammlungen, zu der er in Aussicht seiner Stellung im Vorstande des Bergarbeiter-Verbandes an sich durchaus berechtigt und in gewissen Sinne verpflichtet war. Auch aus der öffentlichen Stellung der Knappelsätesten und des Bergarbeiter-Verbandes darf nicht ohne weiteres gefolgt werden, daß jede Versammlung unter dem Gesichtspunkt einer solchen zu betrachten sei, in der unter allen Umständen "öffentliche Angelegenheiten" im Sinne des Gesetzes verhandelt würden. Es kommt in jedem einzelnen Falle darauf an, was & verhandelt sei. Das sei auch die Auffassung des Reichsgerichts. Kammergerichts in zahlreichen Entscheidungen, die der Verteidiger zitierte. Die in Frage kommenden Wahlen, die in den Versammlungen erörtert seien, seien aber offenbar keine öffentliche Angelegenheit, sondern eine interne Angelegenheit der betr. Ortsgruppe des Bergarbeiter-Verbandes.

Das Gericht folgte dem auch im wesentlichen den Aufführungen des Verteidigers und sprach die Angeklagten unter Aufhebung der Vorrechtsurteil frei.

Aus den Bergsiedlungsgerichten.

Döbeln. Zur Verhandlung standen am 16. Mai vier Klagesachen. Die Klage des Bergarbeiters Martinke aus Döbeln gegen die Werksverwaltung Concordia, entrollte ein Bild, "wie es gemacht wird" um fremdländische Arbeiter unter großen Versprechungen hierzu zu locken, während es hiesige Arbeiter genug gibt. Kläger ist am 10. August 1904 angelegt und behauptet, es sei ihm 8,70 Mt. Mindestlohn von dem nach Böhmen gefandten Agenten, Bergarbeiter Straßny, zugesichert worden. Es handelt sich um einen Differenzbetrag von 12,28 Mt., welchen Kläger beansprucht. Der Werksvertreter, Direktor Weigel, will die Forderung nicht anerkennen, er betont, daß er einen Mindestlohn nicht verprochen habe und auch nicht versprechen könne. Wenn Straßny mehr versprochen habe, so sei er über seine Besitznisse hinausgegangen, wofür er nicht bürgen könne, er sei auch dem Kläger durch Erlaß von 7,26 Mt. Vorstand wegen Straftat entgegengestellt, wofür Kläger zugibt. Weiter erklärt der Direktor, seine an Straßny gegebenen Vollmachten gingen nur dahin, daß ein Lohn von 5 Mt. und darüber verdient werden könne bei guter Leistung. Mt. sei aber ein minderwertiger Arbeiter gewesen, seine Kameraden hätten ihn immer meinetwegen gesetzt, so daß er an verschiedene Arbeitspunkte gestellt werden mußte, so habe er beispielsweise in einer Schicht nur einen Helfer gestellt, welcher auch noch ungesehener sei. Kläger bestreitet dies, er sei zu Zimmerungsarbeiten überhaupt nicht verwendet worden. Doch darauf kam es nicht an, sondern daran, ob werktäglich ein Mindestlohn von 8,70 Mt. dem Kläger versprochen worden war, was aber unaufgelistet blieb, da Kläger noch weitere Forderungen gestellt machte. So seien ihm

in einem Monat für 20h Schichten nur 10,97 Mt., in einem anderen Monat für 7,4 Schichten nur 22,87 Mt. ausgeschüttet worden, er habe mehr verdient als 8,70 Mt. pro Schicht, auch sei ihm im Monat Februar eine Befreiung vom Bergarbeiter-Verband versprochen, aber nicht gezahlt worden. Hierzu bemerkte Bergarbeiter, daß es wohl nicht anhängig sei, im Laufe der Verhandlung weitere Ansprüche zu erheben, es würde hierzu einer besonderen Klage, er müsse sich aber vom Vorstand eines anderen Gerichtsrichters für Arbeiterversicherung von 22. November 1900, sagt im § 14 ausdrücklich: Das Gericht hat den zur Abschaffung des Sachverhalts erforderlichen Beweis in vollem Umfang zu erheben, ohne Rücksicht darauf, ob dieser Beweis von den Parteien angezeigt worden ist oder nicht." Zur Sache selbst erklärte Bergarbeiter schließlich, daß er mit den Bergarbeiterverein vereinbart hatte, Lohn zu Ausschüttung bringen könnte, es sei aber möglich, daß letztere sich getrennt hätten. Die Sache musste zwecks weiterer Beweisführung verlagert werden. Zur Sache ging aus der ganzen Verhandlung hervor, daß man einen brev. einzelnen Arbeiter einen hohen Lohn verdienen lässt, so kann mit den Bergarbeitervereinen, ins Ausland schick und sagt: Solche Löhne werden durchschnittlich verdient, was auch Straßny nach Aussage des Klägers getan hat. Warum man nicht Leute mit den niedrigeren oder wenigsten mit den mittleren Durchschnittslöhnen hinausrichtet, ist unschwer zu sagen. Es müssten schon an die aufgeregteten Arbeiter mehrfach Nachzahlungen erfolgen, sowie Rücktransfers der hergestellten Arbeiterklassen auf Werkslosen. — Die zweite Klage der Bergarbeiterverein Reinholt aus Bevensdorf richtete sich gegen die Bergarbeitergenossenschaft Section VII. Die Chemann hatte am 8. April 1904 einen schweren Betriebsunfall dadurch erlitten, daß er von einem niedriggehenden Gestell im Bergbauhaus gedrückt und völlig erstickungsfähig wurde. Er begab vom 14. Juli 1904 bis zu seinem Tode, welcher am 26. März 1905 erfolgte, die Vollrente unter Zugrundelegung eines Zahrsatzes von 1246 Mt. und 800 Arbeitstage. Nur zu seinem Tode stellte Reinholt Antrag auf Hilfsonderrente, weil er ohne freunde Hilfe und Pflege nicht bestehen konnte. Die Bergarbeitergenossenschaft gewährte ihm ab 1. März 1905 dieselbe zu 80 Proz. Auch wurde auf Antrag der tatsächlichen Arbeitsverdienst von 1870,76 Mt. und die tatsächlichen Arbeitstage 828, hierbei mit berücksichtigt. Die Klägerin verlangte 100 Proz. ab 14. Juli 1904, da ihr Chemann schon seit diesem Tage zu 100 Proz. hilflos sei. Die Berufungsinstanz von vier Wochen war in diesem Falle § 8, verfaßt worden. Es kam folgender Vergleich zu Stande: Die Bergarbeitergenossenschaft gewährte der Klägerin die Hilfsonderrente von 100 Proz. ab 1. Oktober 1904, behält sich aber das Berufungsrecht durch den Sektionsvorstand vor. Das letztere dürfte wohl kaum eintreten, da der Vertrauensmann, Herr Direktor Wauersberger, die Hilfsonderrente Reinhols anerkannte. — Die Bergarbeitergenossenschaft Reinholt gegen die Bergarbeiterverein Klasse III in Nördlich gegen die Bergarbeitergenossenschaft Vereinigung in Hohndorf, wegen Verweigerung des Krankenabschlags bezüglich Krankengeldes, mußte zum zweitenmale vertragt werden, weil der geladene Herr Dr. Fennel in Döbeln zur persönlichen Aussprache wegen dringender Geschäfte nicht erscheinen konnte.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Wie es gemacht wird

um die ungeheure Überschüsse vor den "begehrlichen" Arbeitern zu verhindern, demonstriert unsfreudlich durchsichtig die Solvay-Werksverwaltung in Böhmelsburg. Die Solvaywerke (Kali- und Chemiche Fabriken) haben lange Jahre derart glänzende Geschäfte gemacht, daß man sich nicht getraute, die wirklichen Überschüsse als Dividende auszuzeichnen, da es jährlich 40—70 Prozent gewesen wären. Die klugen Geschäftsführer halfen sich, indem sie viele Millionen Mark Werksgewinn in Reservefonds unterbrachten. Schließlich waren aber die Reserven so ungeheuer angewachsen, daß die Frage entstand: wohin mit dem Geldstrom? Folgender Weg wurde beschritten:

Zu Beginn des Jahres 1904 betrug das Aktienkapital 10 Mill. Mt. Es wurde sodann beschlossen, Genußscheine auszugeben, die am Nettogewinn mit dem dreifachen Betrage der auf die Aktien entfallenden Dividende teilnehmen sollten. Zugleich wurde der Umtausch dieser Genußscheine gegen neue Aktien vorgesehen. Dieser Rückmerk der Genußscheine wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1904 vorgenommen und zwar folgendermaßen: Das Kapital wurde von 10 auf 40 Mill. Mt. erhöht, zum rechnungsmäßigen Ausgleich der Bilanz wurde der Reservefond B herangezogen. Die neuen Aktien erhielten die bisherigen Genußscheininhaber. Zugleich wurden 8 Mill. Mt. vom Reservefond B auf den Reservefond A übertragen, anschließend um diesen auf seine statutarische Höhe zu bringen. Die Bilanz stellte sich nun folgendermaßen dar:

	früher:	jetzt:
Aktienkapital .	10 000 000 Mark	40 000 000 Mark
Reserve A .	1 000 000 "	4 000 000 "
Reserve B .	84 749 000 "	4 991 978 "

Die Monate Januar bis April ergaben einen Umsatz von 188502,08 D.-R. gegen 128672,88 D.-R. im Vorjahr, also ein Plus von 8020,20 D.-R. Beim 40 pct. schwärmenden Raltingerbaum befürwortete sich der Verband im April 1905 auf 100,88 D.-R., im April 1904 auf 410,00 D.-R. In den Monaten Januar bis April wurden 2543,00 D.-R. verladen, gegen 2447,26 D.-R. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs; es ergibt sich danach ein Mehrausfall von 15,82 D.-R. Der Verband an Haldlinger mit 38 pct. Verzug im April d. J. 14105 D.-R. gegen 10720 D.-R. im April des Vorjahrs. Für die Monate Januar bis April ist trotzdem noch ein Mehrausfall von 26840 D.-R. zu verzeichnen, da in diesen Monaten der Verband 100500 D.-R. betrug gegen 78603 D.-R. im Vorjahr. Der Verband von Haldingen selbst stellte sich (in Doppelziffern) folgendermaßen:

Januar-April		1905
1904	1905	mehr
20% 170 680,86	227 049,07	+ 47 524,82
30% 60 587,03	66 015,25	+ 30 828,25
40% 451 020,70	589 078,20	+ 131 751,50

In Hainholz und Spicholt wurden im April 1905 (einschließlich des direkten Absatzes von Hohenfels und Haldenburg) verladen 192709 D.-R. gegen 710 805 D.-R. Schon, das direkten Absatzes von Hohenfels) im April des Vorjahrs. Für die Monate Januar bis April 1905 bestätigte sich der Gesamtumsatz auf 7804000 D.-R. gegen 8588902 D.-R. im gleichen Zeitraum 1904. Der Mehrausfall beläuft sich demnach auf 1460708 D.-R. Carnallit und Vergleisert kamen im April 1905 17 007 D.-R. zur Verladung gegen 14 735 D.-R. im April des Vorjahrs. Der Verband in den Monaten Januar bis April betrug 480 120 D.-R., was bei einem Verkauf von 412782 D.-R. im gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Plus von 17 804 D.-R. bedeutet. Ein Steifer in Wilden wurde im April 1905 105,80 D.-R. verladen gegen 28 034,20 D.-R. im April des Vorjahrs. In den Monaten Januar bis April bestätigte sich der Verband auf 85 049 D.-R. gegen 60 298,00 D.-R. im Vorjahr. Hier ergibt sich demnach ein Mehrausfall von 16 650,40 D.-R. Steifer, Kaliflitz und gemahlen, kamen im April mit 764 D.-R. zur Verladung, im April 1904 mit 527 D.-R. Der Verband in den Monaten Januar bis April des laufenden Jahres stellte sich auf 2 128,70 D.-R. gegen 2 057 D.-R. im Vorjahr. Das Plus beträgt 71,70 D.-R.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die weit überragende Bedeutung der freien Gewerkschaften

im Verhältnis zu den anderen mehr oder weniger gewerkschaftlichen Arbeitervereinigungen tritt augenscheinlich in Erachtung, wenn man die nachstehende Zusammenstellung betrachtet. Sie gibt an die durchschnittlichen Mitgliederziffern der Verbände, ihre lebensjährige Entwicklung und Finanzgebäude.

Gewerkschaft	Mitgliederzahl 1903	Mitgliederzahl 1904	Mitgliederziffer			
			Januar	Februar	März	Juni
Centralverbände						
Sozial-Demokratische Partei Deutschlands	887 038	1 052 103	164 410	20 190	24 100	12 812 128
Christlich-Demokratische Partei	17 577	20 686	8 109	—	—	—
Sozial-Demokratische Partei	110 215	111 889	1 674	—	—	—
Gewerkschaften						
Gefürt-Gewerkschaften	91 440	107 556	16 116	—	—	—
Wochengewerkschaften	101 177	99 928	—	894 517	71 170	690 374
Unabhängige Gewerkschaften	68 724	74 458	5 734	—	1249	332 943
Summe:	1 276 831	1 465 625	191 043	1249	215 387 065	17 214 546
Bunthabe						
						189 794

Von Jahr zu Jahr wird der Vorsprung der freien Zentralverbände größer. Verhältnismäßig am wenigsten entwickeln sich die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften. Bezeichnend ist, daß von der Gesamtzunahme von 189 794 Mitgliedern allein die beiden Gewerkschaften mit nur 16 116 auf die christlichen entfallen. Es heißt den Tatsachen Gewalt tun, wenn man behauptet, die rund 200 000 Mitglieder der angeführten christlichen Vereine repräsentieren die christlich gesinnte Arbeiterschaft. Wäre das der Fall, so wäre der Umfang der im Volke vertretenen christlichen Gesinnung sehr geringfügig. Auch in den anderen Verbänden befinden sich zahlreiche gläubige Christen, die aber der Ansicht sind, daß zur Pflege der Christlichkeit nicht die Gewerkschaften, sondern die speziellen religiösen Vereine berufen sind.

Große Aussperrungen sind zur Zeit bekannt worden von dem blindmütigen Katerkatum. Noch bezieht die Aussperrung der organisierten Brancierarbeiter in Rheinland-Westfalen. Nur haben die organisierten Schneiderei in ganz Deutschland eine Aussperrung durchzumachen. Aus mehreren Orten liegen Nachrichten über Aussperrungen von Metallarbeiten und von Holzarbeitern vor. Die Bauunternehmer in Rheinland-Westfalen gehen mit fast allgemeiner Aussperrung der Bauarbeiter vor: etwa 20 000 fallen in Betrieb. Nebenbei ist das Ziel die Vernichtung der Gewerkschaftsorganisation. Es ist aber dafür gesorgt, daß die Bäume der Schärmacher nicht in den Himmel wachsen. Schre erfreulich ist, daß sich in vielen Orten die christlichen Gewerkschaftsmitglieder mit ihren Klassengenossen in den freien Verbänden solidarisch erklären. Blut ist doch blut wie Wasser.

Der Buchdruckerverband, dessen Generalversammlung vom 17.—28. Juni in Dresden stattfindet, hat im Jahre 1904 einen Zuspruch von 3228 neuen Mitgliedern zu verzeichnen gehabt. Das ist bei dem hohen Prozentsatz der vereins organisierten Berufsangehörigen eine sehr hohe Ziffer. Praktisch erfreulicher ist freilich noch, daß am 1. April 1904 insgesamt 41 483 Gehilfen in 1382 Druckorten bei 4559 Firmen zu kraftmäßigen Bedingungen arbeiten. Trotz ärgerlicher und innerlicher Schwierigkeiten der Organisation sind die großen Vorteile des Verbandes für die einzelnen Mitglieder unverkennbar. Führen 1886 bei 18 800 Gehilfen 18 000 Lehrlinge gezählt wurden und Ende 1894 bei 25 000 Gehilfen nur 9222 Lehrlinge gegenüber. Die Hauptstädte fertigten ihr Gesamt einnahmen von 1 065 188 Mark im Jahre 1. J. auf 2 262 808 Mark im Jahre 1904, ihre Gesamtausgaben von 712 205 Mk. auf 1 824 823 Mk. ihren Ueberschuss von 352 926 auf 42% auf 2% auf. Es wurden gezahlt: 133 627 Mark Reiseunterstützung, 514 911 Mark Arbeitslosenunterstützung, 55 120 Mark Heiz- und Umgangskosten, 674 736 Mark Krantengeld und 191 500 Mark Zusatzengeld, sowie 203 060 Mark Begegnungs- und Buchdruckerverband 40 580 Mitglieder, in den letzten zehn Jahren hat er sich nahezu verdoppelt. In diesen zehn Jahren sind aus der Haushalte des Verbandes und an Unterstützungen für andere Arbeiter ausgetretenen und 14 Millionen Mark verausgabt worden.

Internationale Rundschau.

Über die Organisation der österreichischen Arbeiter hat das arbeitsstatistische Amt eine Erfassung veranstaltet die sich allerdings

auf den Stand des Jahres 1900 bezieht. Österreichs amtliche Statistik zeichnet sich überhaupt aus durch große Juristischheitlichkeit. Was die nachstehende Tabelle betrifft, die uns hier nur interessieren, so verhält sich Ihre Mitgliedschaft wie folgt:

Art	Vereine	Mitglieder		
		männlich	wieblich	zusammen
absolut				
Sozialdemokratische	1841	93808	4784	88682
christliche	61	6815	1098	7913
national	41	4028	73	4008
sonstige	264	86098	208	86206
Summe	1707	141697	6102	147700

Seitdem sind die Gewerkschaften (Fachvereine) bedeutend fortgeschritten. Zur Zeit umfassen die sozialdemokratischen Fachvereine

wahrscheinlich kommen sie dann zu dem Schluß, daß auch dem Arbeiter als Mensch die Gewalt zu Ende geben kann. Wir erwarten die Kameraden, daß sie treu zur Organisation halten, wenn auch manchmal die Beiträge schwer aufzubringen sind; denken wir stets daran, daß wir einzigen diesen Beiträgen gegenüber nichts geschlossen aber eine Macht sind.

Beide Zentren I und II. Im Revier VI, Stelzer Schloß auf den sechsten Sohle wird vielfach Stolz geführt über Holzangel. Geschworen sich ein Arbeiter beim Stelzer Schloß darüber, dann heißt es: „Wo ist ruppa na die sechste Sohle, do is Holt genau!“ Haben dann die betreffenden Arbeiter den richtigen Weg gemacht und sind die Fahrten nach der fünften Sohle hinaufgestellt, so finden sie dort alles andere, nur kein Holt. Schon abgesehen davon, daß die Arbeiter unbedingt in der Grube, von einer Sohle nach der anderen geschickt werden, sich müde klettern und ihre Arbeitskraft verbrauchen, die viel besser in ruhigerer Arbeit verbraucht wäre, gibt ihnen dafür kein Mensch etwas. Was soll die Arbeiter aber tun, wenn sie unverrichteter Sache wieder vor ihrer Arbeitsstelle anlangen und noch kein Holt haben? Sollen sie sich hinsetzen und warten, bis es dem Stelzer gefällt, ihnen das nötige Holt zu liefern? Das wäre jedenfalls das einzige Richtige; aber der Mensch ist schnell zu Ende und dann ist nicht möglich, weiter zu arbeiten, auf gut Glück; er muß, ohne seine Arbeitsstelle geplündert verlassen zu können, weiter arbeiten, auf die Gefahr hin, von herabbrechenden Steinblöcken erschlagen zu werden. Nur er darf nicht, dann muß er gewartig sein, als Faulpelz hingestellt zu werden und kann mit einem Hungerlohn am Vortag nach Hause gehen. Missstände gibt's aber aus den Rehen im Ruhrrevier keine.

Oberbergamtssbezirk Dresden.

Friedenshoffnung-Schube. immer humaner werben die Herren von obiger Grube. Jeder, der sich beschwert, wird an die Bergarbeiterzeitung verweisen, die für Wohlleben sorgen soll. Verdient man nichts und will das Gedinge aufgeklärt haben, heißt es: „Wenden Sie sich doch an die Bergarbeiterzeitung“, da erhalten Sie was Sie brauchen! Wölde die Bergarbeiterzeitung auch die Lebenschlüsse einstecken, dann würde sie — jedenfalls unaufgefordert — auch dafür sorgen, daß die Leute einen angständigen Lohn verdienen. Auch die vermittelnden Artikel schreiber der Bergarbeiterzeitung versucht man und jeder wird gemahngestellt, der Verdacht steht, etwa an die Verbandsleitung berichtet zu haben. Damit sind allerdings die zahllosen Missstände, die auf der Grube herrschen, nicht beseitigt und es wäre sicherlich viel besser, die Beamten klammerten sich etwas mehr daran, als um die Gestaltung ihrer Arbeiter und schafften bessere Verhältnisse, dann würde das Schreiben an die Bergarbeiterzeitung von selbst aufhören.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtssbezirk Dortmund.

Über den Generalstreik

schlechter als an einer halbwegs genauen Statistik der Ausländer. Diesem Mangel hilft das Organ des Bergbaukundlichen Vereins, der „Glock Auf“ ab, indem es eine gleichzeitig zuverlässige Übersicht der Entwicklung und des Umsanges der Streikbewegung bringt, zusammengefaßt nach neuem Mittel der Beobachtungen der Bergarbeiterverwaltungen. Ganz genau ist auch diese Statistik nicht, da sie schon für den 7. Januar 1880 Streikende angebt, während doch an dem Tage nur Versuchsträger mit etwa 2000 Arbeitern in den Streik trat. Auch sind unrichtig die Bahnen der vom 16. Februar ab noch arbeitenden Bergleute. Es waren vom 16.—20. Februar nicht 740—288 Kameraden außer Arbeit, sondern noch mehrere Tausend konnten nicht anfahren. Aber sind die Gemahrgelten nicht gezählt worden? Noch heute sind mehrere hundert Kameraden ausgesperrt, sie laufen vergeblich von Seite zu Seite, überall folgt Ihnen ein Urlaubsbrief.

Immerhin bietet die Werksstatistik das bisher beste Material zur Veranschaulichung der grossen Verwogung. Lassen wir den 7. Januar außer Acht, so ergeben sich nachstehende Zahlen der Ausländerbewegung:

Datum	Es streikten von der Gesamtbelegschaft insgesamt oder in Proz.	Wor der Untertagsbeleg schaft streikten insgesamt oder in Proz.
9. Januar	12 089	4,32
12. "	64 137	28,00
16. "	107 981	38,70
19. "	217 530	78,00
9. Februar	208 819	74,87
11. "	98 845	35,44
13. "	80 416	13,00
15. "	10 083	3,92
16. "	746	0,27

Diese Bahnen lehren uns mancherlei. Der Höchstand des Streiks war am 10. Januar. Rechnet man 5 Proz. Sterne ab (wie auch der „Glock Auf“ tut), dann kommen wir zu über 205 000 Streikenden. Die Weckspresse hat seinerzeit stets 10—15 000 weniger angegeben. Von der Proklamierung des Generalstreiks (16. Januar) an dauerte es 3 Tage, ehe sich 110 000 Mann neu dem Ausstand anschlossen. Als aber am 9. Februar der Abbruch des Streiks beschlossen, waren innerhalb zweier Tage 110 000 wieder angesfahren. Der folgende Tag war ein Sonntag, der zur Auflösung der Kameraden über die Gründe des Streikschlusses benutzt wurde, und am nächsten Tage standen nur noch 36 000, gleich 13 Prozent der Belegschaft entweder im Streik oder waren zurückgewiesen wegen angeblichen Zubrucheliegens der Bäume. Es steht also ziemlich fest, daß der Generalstreik schneller beendet als aufgenommen wurde. Wenn innerhalb drei Tagen sich 200 000 Mann laut Beschluß bis auf einen Schritt wieder zur Arbeit begeben, dann kann man nur mit Unrecht von „heillosen Verwirrung“ und „vollständigem Zusammenbruch“ schreiben. Bei den großen Bergarbeiterstreiks im Auslande ist die Ausrüstung viel langsamer und ungeordneter als bei uns vor sich gegangen.

Wie die Statistik beweist, waren trotz beispieloser Versammlungs- und Flugblattsagitation bis zum 9. Februar schon zehntausend Arbeiter mehr angetreten wie am 19. Januar. Daß sich die Zahl der „Arbeitswilligen“ unauflöslich vermehrte, wußte die Siebenecommision recht gut. Auch das bewog sie, am 9. Februar den Schluß des Streiks vorschlagend. Oder sollte sie warten bis neue zehntausend „Arbeitswillige“ kamen? Tat sie das, was wäre ihr später dafür das Fazit gegerbt worden! Gerade zur rechten Zeit ist Schluß gemacht worden, das haben nachträglich auch die in ihren Hoffnungen getäuschten Scharfmacher bitten beklagt. Heute sehen das auch diejenigen Kameraden ein, die damals empört über den Konferenzbeschluß waren.

Nach Abbruch des Streiks hat die Zent

besondere in den Neueren Südb.-Essen (darin die Orte Steele, Mellinghausen, Hesingen) und Oberhausen der Gewerbeverein stark vertreten ist. Dass gerade die Gewerbetreibende an der Arbeit blieben, wo 60-70 Prozent der Vergleichsstädte freilassen, ist ganz ausgeschlossen. Die Kaufleute haben ebenfalls ihren Mann gestanden. Ja, in Neueren mit mehr Gewerbetreibenden als Verkäufern (Mellinghausen-West und Essen-Nord) sind neben Herne und Oberhausen die höchsten Prozentsätze Streikender gewesen, am 10. Januar, nämlich 90 bis 91 Prozent! Ein trefflicher Beweis, dass nicht „sozialdemokratische“ Söhne“ den Streik verschuldeten, sondern tatsächlich die Missstände, die später „gar nicht vorhanden“ sein sollten.

Unter den 6 Abgeordneten, die sich am hartnäckigsten dem Abseitsentschluß auf Streikabbruch widersetzten, finden wir wieder Süd- und West-Essen und Werden neben Witten, Hattingen und Voerde III. Ein Blick nur auf die Stimmenzahl bei der vorstehenden allgemeinen Knappshaftswahl zeigt uns zur Kenntnis, daß im Essener Kreis der Gewerkschaften seine festesten Sitzes hat. In den Orten Borbeck, Bottrop, Steele, Karnap hielt die Opposition gegen den Streikabbruch am festigsten an, und dort ist unser Verband bekanntlich nicht in der Mehrheit.

Was der Streikstatistik geht also hervor, daß die Mittelpunkt des Hochreuniers in gleicher Weise Mitglieder beider Verbände dem Haushaltentscheid nicht prompt Folge leisteten. Es ist einfach nicht möglich, Temperament und fälschliche Ansichten eines Stammtafelvaters durchzuschätzen, in welchem Verbände er Mitglied ist. Solche künstliche Einschachtelung ist unmöglich. Was uns nötigt, ist tüchtige Schulung, Bewertung der gemachten Erfahrungen, unermüdliche Agitation und breiterliche Einigkeit gegenüber den verblüdeten Kapitalisten.

Bochum. **Reichs- und Landtagsabgeordneter** **Gerhard Stöbel** ist am 1. Juni plötzlich gestorben, beinahe 70 Jahre alt. Der Verstorbene vertrat mit einer kurzen Unterbrechung (1888/89) den Kreis Essen im Reichstag seit 1877; seit 1885 war er Vertreter des Kreises Mülheim-St. Gor in Landtag. In einer Geschichte der Bergarbeiterbewegung wird der Name Stöbel häufig zu erwähnen sein. Alle von unserem Standpunkt können das Eingreifen Stöbels in die Organisationsbestrebungen der Ruhrbergleute 1877/78 und 1889/90 nicht als gewerkschaftsbürokratisch ansehen. Jedemfalls glaubte aber Stöbel von seinen politischen und religiösen Anschauungen aus das Beste für die Bergleute zu tun. Er und seine Parteigenossen Raplou Voss und Abulsteur Mittweger ("Tremoula") traten 1877/78 der Schaffung eines neutralen Bergarbeiterverbandes in bestigster Weise entgegen und zwar wie ausdrücklich zugegeben wurde „als Partei politischer“. Auch bei der Gründung der ersten Bergorganisationen zum „alten Verband“, dem von Anton Fischer profilierten „Märkten Auf“ (1889), war Stöbel mit tätig. Er war und blieb in den christlich-sozialen Anschauungen des Bischofs Ketteler besangen, in denen sozialen System politisch und religiös neutrale Gewerkschaften keinen Platz finden. Der Katholizismus müsse alle sozialen Bestrebungen durchdringen, nur in der katholischen Kirche sei tugendhaft zu studieren. So Ketteler und ihm entsprach der nun verstorbene christlich-soziale Arbeitersführer Stöbel in seinem ökstlichen Wirken. Er war ein streng katholischer Mann, der seine kirchlichen Pflichten sehr ernst nahm, wie jeder empfand, der ihn persönlich kennen lernte. Seine katholische Ausbildung bestimmte auch sein sozialpolitisches Handeln in der Bergarbeiterbewegung. Daß er jemals die Weisheit hatte, die Bergleute zu schädigen, können wir auf Grund (späterer) persönlicher Bekanntschaft nicht annehmen. Er trat ein in die Politik als Wegner des offi-

ziellen Zentrum, er wurde 1877 in Essen gegen den offiziellen Zentrumskandidaten, einen Herrn v. Roedde de Vitz, gewählt durch die christlich-sozialen und die sozialdemokratischen Arbeiter. Stöbel ist auch bis zuletzt bekannt gewesen als der Vertreter von sozialen Anschauungen, die in der Zentrumspartei von der Mehrheit als „zu radikal“ nicht anerkannt werden. Aus persönlichen Kenntnissen des Verstorbenen uns gegenüber wissen wir, daß ihm die Regierungsvorlage betr. Vergarbeiterstuhl durchaus nicht genügte. Daraus schließen wir, daß Stöbel von den konservativen und nationalliberalen Zentrum-Gruppensmitgliedern schließlich überstimmt wurde und deshalb dem angeblichen „Vergarbeiterstuhlgesetz“ zustimmte! Es ist ein tragisches Geschick, daß der Mann, dessen Wahl gegen das Zentrum 1877 die katholischen Arbeiter — er war früher selbst Arbeiter bei Krupp — jubelnd beglückten, an seinem Lebensabend einem Gesetz zustimmte, welches die Vergleute aller politischen und religiösen Anschauungen entschieden ablehnen. Stöbels großer politischer Fehler bestand darin, daß er sich kurz nach seiner Wahl bewegen ließ, der Zentrumspartei beizutreten. Mit dem fast Siebzigjährigen wird ein bedeutsames Stück rheinisch-westfälischer Arbeiterbewegung zu Grabe getragen. Eine neue Zeit ist angebrochen, Stöbel war einer ihrer Pioniere, wenn auch ohne daß er es wollte. — Bei der stützenden Neuwahl hoffen wir auf den Sieg eines Kandidaten, der den neuen Verhältnissen entsprechend die Interessen der Arbeiter mit Entschiedenheit vertritt. Die Vergleute werden vollaus ihre Schuldigkeit tun müssen.

Bautau. Der Kriegerverein rüstet uns jetzt wieder mit Pauken und Trompeten auf den Leib und sucht die Lage der — Grubenbesitzer dadurch zu verbessern, indem er Mitglieder des Verbandes aus seinen Listen streicht. Folgendes Cirkular wurde an eine Reihe unserer Mitglieder verschickt:

glieder versandt:
Seitens unseres Krieger-Verbandes Herne und Umgegend werden wir aufgesfordert, unsere Kameraden darauf aufmerksam zu machen, daß Mitglieder der Kriegervereine den „freien“ Gewerkschäften oder Verbänden nicht angehören dürfen, da diese Organisationen der Sozialdemokratie dienen. Eventuell sollen wir diesen Mitglieder, welche diesen Organisationen, zu denen auch der unter sozialdemokratischer Leitung stehende Bergarbeiterverband gehört, zählt, vor die Wahl stellen, ob sie fernerhin denselben angehören wollen, aber unser Kriegerverein. Es ist uns bekannt, daß auch Sie dem Bergarbeiterverband angehören. Wir müssen Sie daher hiermit auffordern, sich für das Eine oder Andere zu entscheiden und ersuchen Sie, uns Ihre Erklärung bis zum 10. Mai 1905 schriftlich mitzuteilen. Falls Sie bis zu diesem Tage nicht geantwortet haben, sind Sie nach denselben bei uns gestrichen.

J. Priggert, Steiger.
Unterschrieben ist der Wiss von einem Steiger und das müste jedem Bergmann schon genug besagen. Vereinen, wortin Steiger die Hauptrolle spielen, sollen die Arbeiter ferbleiben, denn diese müssen doch unbedingt nach der Pfeife der Stiunes und Konferten tanzen. Die hiesigen Kameraden haben das auch erkannt und dem Kriegerverein den Rücken gekehrt, da sie während dem Streik geschen haben, daß der Verband ihre Interessen vertraut. Der Vorstand des Kriegervereins lädt durch schrofferes Vorgehen die Leute einzuschüchtern, so hat er drei Kameraden, die dem Verein zehn Jahre angehöreten, dennoch gestrichen. Auch mit solchen Maßnahmen erreicht er das Gegenteil.

sehr scharf, da Mißstände nicht als genug vorhanden seien. Ferner wurde von einem Kameraden die Bergbau-Ausstellung in der Hobertsburg besprochen. Die Zahlstelle erklärte, die Herren würden einmal eine Schicht mit in die Grube fahren, die Haken in die Hand nehmen und die Bergewagen schleppen, dann würden sie auf den Besuch der Ausstellung an der Hobertsburg gerne verzichten.

Werne a. d. L. Am 11. Mai verunglückten auf Beche Werne in der östlichen Abteilung bei Steiger Plücker die Kameraden August Löffert und Wilhelm Leonhardt zu Tode. Ersterer war Familienvater und Ernährer von drei Kindern, letzterer war zwar noch ledig, wollte aber in acht Tagen seine Hochzeit feiern. Am 14. Mai fand die Beerdigung statt, woran die Mitglieder der Zahlstelle sich zahlreich beteiligten. Auch hatte die Zahlstelle jedem Kameraden als letzte Ehrenfeier eine prachtvolle Kranz gespendet.

Alteneffen. Zu unserer Wahlstelle wurde in einer Mitgliederversammlung, die im November vorigen Jahres stattfand, folgender

eschluss gefasst: „Sollt ein Mitglied unserer Wahlstelle, so wird demselben ein Stroh geipendet; die Kosten hierfür werden geheft durch einen Extra-Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied. Man soll aber mit dem Stroh nicht mehr veratztigkt werden, als höchstens 10-12 Mark. Den Unter-
schluss erhält die Witwe oder die Kinderlebenden. Wird jedoch der
Tanz vermeidet oder ein Mitglied zahlt den Extra-Beitrag nicht, so
sind auch die Extra-Unterstützung nicht gezahlt. Sie haben nun zwei
Lebendige und sind die Kosten aufzutragen, gegenbleiben von Stroh-
penden Mark a das Geld einzuziehen. Man sich alle Mitglieder
anzustellen, so erhalten die beiden Witwen nach dem heutigen Mitglieds-
beitrag von 100 Mark, einschließlich des Extra-Unterstützung 50; darüber hinaus
sind für die erste Zeit von 50 Mark abgezogen.

Müthen-Hothansen. In Stelle bei Staatsrath Heinrich Gundel
in Gütersloh als zweiter Vertrauensträger gewählt werden und mit
Sitz in der Geschäftsführung teilnehmen.

besser am Herzen liege. Wenn jemand eine Weisheit habe, so solle er sich vertrautenswoll an den Predigtkirchenmeister wenden. Dies Stimmungsschreiben wurde noch gesagt, daß eventuell eine Weisheitskathedrale am Schoppe angebracht würde. Aber welche dem Stammelben, der von diesen Stolzliegen Gebraucht werden möchte, es wäre doch kein Wohlmeilen bei Grubenhämmern oder von Peitsche kann ich erden, daß Grube und Schoppe unteireicht ist. Mit 103 Heberstühlen genügt wohl die Funktion nicht sehr vergnügt, darüber hinaus sind sie auch zuviel für die Funktion nicht sehr gehoben. Es ist aber kein Fehler, daß man die Schoppe nicht sehr gehoben wird. Die Grubenhämmern sterben, wenn sie auf Arbeit sitzt, haben zu sorgen, daß die Pechzettelkette nicht zerfällt, und das Pechzettelkettchen auf die Schoppe setzt und auf die Schoppe kommt, wenn die freudige Arbeit in der Schoppe nicht machen, auch ist leicht der Schoppe durch die Vergleichung zu schaden haben und sich nicht zu Pechzettelkettchen gebrauchen lassen. In besonderungen darf ein Schmiedebohrer nur 4,00 M. enthalten. Die Bezeichnung muß bestehen, daß das Werkzeug für nicht mehr, als bis zu einem doppelt jährigen 4,00 bis 4,50 Jahr nicht zu können. Es ist schade, daß die Grubenhämmern unter normalen Bedingungen rechnen müssen die Arbeit zu einer Pechzettelkette. Da das Pechzettelkettchen, so ist, der Arbeiter, der ja ist abgängen, auch ihm nach Weise verloren, so ist der Arbeiter selbst sehr leidet und Arbeit ist nicht. Es ist leicht, zu oft nach der Arbeit gehen zu können. Das Grubenhämmern soll nicht mehr als 1000 Pfund wiegen. Es ist eine Weisheit, die Arbeit zu einem doppelt jährigen 4,00 bis 4,50 Jahr nicht zu können. Es ist schade, daß die Grubenhämmern unter normalen Bedingungen rechnen müssen die Arbeit zu einer Pechzettelkette. Da das Pechzettelkettchen, so ist, der Arbeiter, der ja ist abgängen, auch ihm nach Weise verloren, so ist der Arbeiter selbst sehr leidet und Arbeit ist nicht. Es ist leicht, zu oft nach der Arbeit gehen zu können. Das Grubenhämmern soll nicht mehr als 1000 Pfund wiegen. Es ist eine Weisheit, die Arbeit zu einem doppelt jährigen 4,00 bis 4,50 Jahr nicht zu können.

„Der heute im Palais des Herrn Edmig zu Bergzabath versammelten
Beigeate der Gräfe Reitere hofften an den in der Verfchäftsver-
fammlung am 14. Mai aufgestellten und bei Grubenverwaltung
unterbrecheten Fertigungen seit. Die Bekanntmachung beauftragt die
Bergbaubehörde, diesen Beschluss der Grubenverwaltung zu
unterstreichen. Unter die der Kommission zugeleitete Antwort
hat sich die in doppelter Ausförmung eine Plakatfassung aufzufinden.

Weser: Gedächtnisarchäologie in Thüringen

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.
Wernsdorf L.R. Endlich hat Herr Zirckel der Frei von Grulz-Akademie erkannt, daß seine Arbeiter eine Organisation brauchen, aber nicht, daß er es von den Arbeitern aufzubereite, sich ihre Organisation jetzt zu wählen. Er nimmt die Leute selbst in die Hand und gründet einen zentralen Bergarbeiterverein. Eine Komiteeuniform hat Herr und Frau Grulz bestimmt, nach nur noch bei einem Kopf gesucht, der noch in einer abgeprägten Art Kniehosen läßt. Nun, beten gibt es natürlich keine, geschah unter er halb der Bevölkerung als leuchtendes Licht! So ein Bergarbeiterverein ist, ist mir auch sehr verständlich, wenn man gleich in ihm selbst bestrebt ist, aber das ist unmöglich. Der Kamm der Bergarbeiter besteht aus dem Bergarbeiter, der eben nicht allein alle Macht für sich behalten möchte, um ein 24-Millionen geben. Der wichtigste Zeit der Bergarbeiter ist allerdings der Zeitpunkt, daß die Bergarbeiter, nachdem sie ihren Betrieb aufgenommen haben soll, besser angemessen wäre, zur Versammlung der Klage und Abhandlung der unerlaubten Zustände, zollten doch Monate, während der Bergarbeiter verdeckt waren und erhielt für Betreuung dann wiederum 10-12 Mark Abholzung. Die Abholzung waren stets zum Heberlaufen soll, jetzt sind sie nun herausgeschnitten worden, liegen oder stehen 13 Tage brauchen und sind die Abholzung wieder auf die Stelle zurückgekommen und aufgestellt. Nachdem die Stellen und Bohnen sind in primitivem Zustande, der bedarf wird von den Bergarbeiter zur Sicherung ist, ist gut, geht nicht mehr und ein Bauer macht etwas, so kommt der Bauer der Bergarbeiter und sagt, immer kann ich, bestimmen tut ich das nicht. Nachdem es die Klage des Bergarbeitervereins für einen ordentlichen Bergarbeiterverein haben, zunächst haben diejenigen, die solchen und aufzuführen wollen, das Gefühl, daß sie kein Bruchverfahren ja nicht von Bergarbeiter berücksichtigt werden. Ein Arbeiter, dessen Werk zerstört ist, gängt zur Oberbeamtewaltung und hat um ein Führwerk, um die Reiche nach dem zwei jährigen Stichholz zu ziehen. Das Werk stellte bei Führwerk nicht zur Verfügung. Der Zirckel der Frei von Grulz sagte dem Mann, er sollte sich doch ein Handbuch um die Schulter und den Garg schlingen und so die Leiche hinhauen. Der Arbeiter ersuchte dann um seinen Westlohn, nun sich anderweitig ein Führwerk zu beschaffen, aber auch bieben konnte er nicht erhalten und so blieb dem armen Teufel weiter nichts übrig, als sein Kind auf eine Handkarre zu laden und es selbst nach dem Kirchhof zu fahren. Arbeitereien. In den Stameräumen rufen wir über zu, alles Hammern und Klagen nützt nichts, herzhaft eingetreten für den Bergarbeiterverbund, nur dadurch seid ihr im Stande, den Zuständen zu Rechte zu rücken. Sagt bei Anfang der Grubenverwaltung, sie brauchen Arbeiter ist das nicht.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Oberschlesien. Versuchungen der Genossenschaft und Ziphuse.) Der Bergmann K. in Hohenlohe ist ungefähr zwei Jahren aus Florentin grübe verunglückt und soll bei seit schon fast vier Monaten kein Knappenhäfe überarzt in Hohenlohe zur Not und Untersuchung zuwohnen. Der Herr Überarzt will dem K. aber eine Insassentente nicht zusammen lassen und da dieser nun schon zum dritten Mal in Breslau in einer königl. Klinik zur Untersuchung gewiesen, hat aber bis heute noch keinen Pfennig Stentenschulden. Die lange Zeit hat Frau K. durch ihrer Hände Arbeit den kranken Mann nicht ihren kleinen Kindern ernährt, nun kann auch sie nicht mehr, sie ist selbst stark und in die Familie ist die Genossenschaft eingezogen, und siehe da, als die oberschlesische Geisel vor armen Leuten da einzog, war doch die Kreispolizei zur Stelle und entdeckte, daß die Familie Not litt und in ihrer Speise und etwas Geld gegeben wor den war eine Konzernunterstützung ist die Familie eingekommen, aber abgemeldet worden, auf die Reichwerke zu den Kreisanschuß anfangs April 1903 ist noch keine Antritt ergangen. Was mit der Familie noch weiter wird, muß abgewartet werden. Der Bergmann Herz C. in Neu-Chodlau arbeitete beim Grafen Henzel von Donnersmarck Rallo-Sienianowich jetzt 27 Jahre. C. ist anfangs 1902 bei einer Fahrt in die Grube hinabgestürzt und seit der Zeit arbeitsunfähig, hat aber weder Insassentente noch sonst etwas erhalten. Erst nach einem Jahre durch Hilse der "bösen" Tewoßten hat er seine Pension 12,42 Mark monatlich bis 1. Oktober 1903 erhalten. Seit der Zeit erhält er wieder nichts auf Grund der Gutachten des Vertrauensarztes Dr. Hirschmann-Tarnowich D.-Schl. Der Arzt hat den C. für leichte Arbeit als tauglich befunden, solche kann er aber nicht bekommen und so hungert er seit dem 1. Oktober 1903 mit seiner Familie weiter. Reichwerden bis zum Minister haben nichts geholfen. Nun ist noch einmal eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten zu Oppeln gemacht worden, weiter ist laut Statut dieser Wohlfahrts einrichtung keiner zuständig, und es wird sich zeigen, ob C. nach circa 1½jähriger Hung- und Hebeschwerderei seine „große Pension“ von 12,42 M. monatlich für circa 27 Jahre lang erhält oder nicht! Es muß noch bemerkt werden, daß C. seine Meideinsatzrente erhält. Diese Fälle werden den oberschlesischen Bergarbeitern zum Nachdenken Veranlassung geben. Solche Zustände dürfen nicht länger mehr gebuldigt werden. Durch die Macht unserer Organisation werden sie beseitigt und deshalb wollen wir dem Verbände soviel neue Kämpfer zuführen, daß die kommenden freudigen Wählenden bestätigt werden.

Berandsnachrichten.

Mitteilung, Verbandsmitglieder!

Wegen Teilnahme sämtlicher Vorstandsmitglieder an der Generalversammlung können in der Zeit vom 9. bis 16. Juni auf unserm Verbands-Bureau nur die dringendsten Fälle erledigt werden. Wir bitten um Begleitung des Vorstehenden.

5.1. **Geplante und Beteil.**

Achtung, Vertrauensleute und Boten!
Auf viele Anfragen teilen wir mit, daß in der Woche nach Pfingsten die Bergarbeiterzeitung ebenfalls erscheint. Wegen des Pfingstfestes findet der Versand erst am Mittwoch den 14. Juni statt.

und bisherigen Bierzellen
erhältlich, das ich bei be-

Zahlstellen-Versammlungen u. Steuertage.

Sonntag, den 11. Juni (1. Pfingstferitag):

(Amster Sonntag.)

Altendorf-Mühle. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. Westkott.
Unnen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Haubmann.
Wipperfürth. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Kleemann.
Wipperfürth-Markt. Nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Erone.
Wipperfürth. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn M. Heine ("Jägerhof").
Auf dem Schnee. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Veder.
Beest. Nachmittags 4 Uhr, im "Glocken".
Bennighofen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gwald Schmidmann, Eichhof.

Blumenthal. Nachm. 4 Uhr, bei Wwe. Voßwinkel.

Bommern. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Schleiter.

Borbeck. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Roth.

Böblinghausen. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Messmann.

Cölby. Nachm. 5 Uhr, im Restaurant zur guten Quelle: Steuertag.

Düren. Jeden 2. Sonntag, im Lokale des Herrn Müller.

Döllig. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Müller-Tierbach.

Dortmund. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Janowitzky, Detmoldstr.

Dümpten I. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn W. Kuhn.

Wahl eines ersten Vertrauensmannes. Verschieben.

Dümpten III. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Gerh. Northeuer.

Eichholz. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Lünchermann.

Egeln. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rieck.

Eßen-West-Holsterhausen. Vormittags 11 Uhr, bei Heine, Müller (Söhne Arnold), Holsterhauserstraße.

Effen-West-Brohnhausen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Kleppé.

Fellendorf. Bei Herrn Jacob Meiss in Aken, Mühlenstraße 9.

Heintrop. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kleinschmidt-Haus.

Großbreden. Vormittags 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn S. Seeger.

Gamborn II. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn O. Stein-

kratz, Eickeler, in Beck.

Nachmittags 4 Uhr.

Heeren. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Frieder, Kähler.

Heinen bei Wülseheim (Vlotho). Jeden 2. Sonntag, vormittags 11 Uhr,

im Lokal des Herrn von der Burg.

Hengsen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn C. Flunkert.

Hödter. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Wirts Aug. Pröbe.

Hödter II. Im Lokale des Herrn Leberader.

Hutrop. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Heskamp, Eßen,

Steeler Chaussee.

Kaiserau-Wesle. Nachmittags 4 Uhr, bei Hangebräu.

Kattow. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte in Holthausen.

Katernberg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Rehmeier, fr. Börgerd.

Kirchhörde. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wünnenberg.

Kirchlinde-Hoholte. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn

Bresser, Frohlinde.

Kley. Jeden 2. Sonntag, im Lokale des Herrn H. Gerbes.

Kohlheid. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Sonnen-

scheln, Beyerheide.

Kreysbach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Franz Stude.

Kruckel. Nachm. 4 Uhr, beim Wirt Th. Brinkmann, im Buchenhain.

Lauterberg (Hatz). Im Lokale des Herrn Louis Böcker.

Leau. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wille in Cornif.

Martien. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rehmeier, Wülfelstr.

Mengelinghausen. Nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn Fisscher

(fr. Dohlaus), St. Barop.

Mülheim-Holthausen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn

Heinr. Rückenkamp, Dickswallstraße 55.

Mülheim-Kuh. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Ternieder, Kehnstrasse.

Mülheim-Ruhr. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Brud-

mann, Mühlenstrasse.

Mündorf b. Deuben. Jeden 2. Sonntag im Monat, im Lokale des

Herrn Willh. Schoppeln in Wildschütz.

Neupetershau. Nachmittags 2 Uhr, im Gasthof zu Neupetershau.

Rieder-Sprockhövel. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn August

Sprockhoff.

Riedewelschnitz. Nachmittags 8 Uhr, in Scheffig's Restaurant

in Oberwelschnitz.

Rördorf. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meinunghaus.

Overhausen I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wüttmann.

Overhausen. Vom 10. bis 25. werden die Beiträge eingelassen.

Oespel I. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gust. Geuerbauer.

Osthof. Vormittags 11 Uhr.

Probste. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Brund-

mann, Mühlenstrasse.

Raudorf b. Deuben. Jeden 2. Sonntag im Monat, im Lokale des

Herrn Willh. Schoppeln in Wildschütz.

Reichshof. Nachmittags 2 Uhr, im Gasthof zu Neupetershau.

Rieder-Sprockhövel. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn August

Sprockhoff.

Riedewelschnitz. Nachmittags 8 Uhr, in Scheffig's Restaurant

in Oberwelschnitz.

Röndorf. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Langenscheidt in Bismarck.

Wie agitieren wir am besten für unsern Verband? — Verbands-

angelegenheiten.

Grumme. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gwald Göde.

Wahl eines Vertrauensmannes. Regelung der Wahlenfrage.

Hameln II (Bergkamen). Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bethus.

Nieder-Massen. Nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn P. Spieß.

Nach der Versammlung: Wimarsch nach dem Zahlstellen-Fest in

Wiedeke.

Wiemelhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Wwe. Dicamp.

Bradel. Jeden Sonntag nach dem 10., nachm. 5 Uhr im Lokale des

Wirs Klütsch.

Giesendorf. Jeden Sonntag nach dem 10., abends 7 Uhr, im Schließenhaus.

Mülheimgrund. Jeden Sonntag nach dem 10. im Restaurant "Zum

Riederhahnen, Sonntag nach dem 10., nachmittags 4 Uhr, bei Richard

Günther in Rosenthal.

Öhöfen b. Zwischenau. Jeden Sonntag nach dem 10., im Restaurant

"Feldschlösschen".

Reinsdorf. Jeden Sonntag nach dem 10., nachm. 5 Uhr.

Blanken. Jeden Sonntag nach dem 10., nachmittags 4 Uhr, im Lokale

des Herrn Schmidt, Borden-Dörfl.

Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Beitrages, Risiko ausgeschlossen, da bei Nichtgeliefert Geld rettet.

Uhren aller Art 80

Stieum. Sonntag nach dem 10., nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Reich, Oberhäuserstraße.

Wilzen. Jeden Sonntag nach dem 10. von nachmittags 4—7 Uhr, im Restaurant "Dahlem".

Zahlstellen-Versammlungen

welche der Pfingstferitag halber verlegt wurden:

Sonntag den 18. Juni:

Dorsched. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schlüter. Tages-

Ordnung: 1. Neuwahl des Vertrauensmannes. 2. Verbandsange-

legungen.

Offen-Altendorf. Morgens 11 Uhr, Generalversammlungs-Bericht.

Gamme. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Knippeschild.

Gahns-Holzhausen. Ebd.

Kirchderne. Bei Frau Schod.

Ruppersdorf. Nachmittags 5 Uhr.

Bantrop. Vormittags 11 Uhr.

Over-Sprockhövel. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst

Gütinghoff-Duellenburg.

Söde. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Schopp, Chausseestr.

Was rauchen Sie am liebsten??

Deffentliche

Bergarbeiter-Versammlungen.

Sonntag, den 18. Juni 1905:

Hödenbleben u. Umg. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Weber. Welche Vorteile bietet der Verband den Bergarbeitern? Diskussion und Beschiedenes. Referent: Kamerad L. Schröder.

Sonntag den 25. Juni 1905:

Langendreerholz, Langendreer. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Braukuhl-Graebeloh. Die Bergeschnellnöve im Lande und die Stellung der Bergarbeiter. 2. Diskussion.

Was rauchen Sie am liebsten??

Selbstredond

„Kiepenkerl“

rot 1/4 Pfd. 20 Pfg. — blau 1/4 Pfd. 25 Pfg.

von

Oldenkott-Rees.

Ueberall hüpflich.

Ueberall hüpflich.

Belegschafts-Versammlungen

Sonntag, den 18. Juni 1905:

Beche Sterkrade. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Busch in Sterkrade. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.



212 **Köstlich**

im Geschmack und Aroma ist unser sonst präparierter goldgelber

Tafel-Honig

in prakt. Emaille-Eimern v. br.

zehn Pfund

ab Magdeburg gegen Nachn. für

3 Mk. 50 Pfg.

Bernhardt & Co., Magdeburg 91.